

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **31 (1951-1952)**

Heft 2

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Lage

Als General Mac Arthur einige Wochen vor Weihnachten am Yalu, dem Grenzfluß zwischen Korea und der Mandschurei, erschien, erklärte er, der Krieg in Korea sei nun praktisch beendet und seine Soldaten könnten auf Weihnachten wohl nach Hause gehen. Nun ist der politisierende General abgesetzt worden, nachdem sich seine Feststellung damals als in so verhängnisvollem Maße verfrüht erwiesen hatte, daß der zweite Teil der Prophetie, nämlich die beschleunigte Rückkehr nach Hause, sich beinahe in unheilvoller Weise bewahrheitet hätte, als kurz nach der verheißungsvollen Aussage der Sturm der Chinesen gegen die wankende Front der Amerikaner losbrach. Allein die Zeit vergeht, und heute, fünf Monate später, da der General von seiner militärisch-politischen Bühne abtritt, kann tatsächlich gesagt werden, der koreanische Krieg sei zu Ende. Denn heute ist eine neue Alternative gegeben; sie heißt: Stabilhaltung auf der Basis des Status quo, — oder Ausweitung. Das ist die neue Perspektive; und mit ihrem Beginn scheint eine neue Lage gegeben, welche die Aktionsperiode, die mit dem 25. Juni 1950 begann, abschließt.

Aber diese Perspektive hat etwas unheimliches. Im Westen weiß im Grunde niemand recht, was nun geschehen soll; — und könnte man hinter den Eisernen Vorhang blicken, — wer weiß: entstände nicht vielleicht derselbe Eindruck? Was will Rußland? Richtet sich der Blick auf das rein Machtpolitisch-Militärische, so wird man sagen können: Rußland kann die Oberhand gegenüber dem nun mächtig angelaufenen Potential der Vereinigten Staaten nicht mehr gewinnen. Was freilich den europäischen Westen betrifft, so hinkt er hier aus den Gründen, die schon wiederholt dargelegt wurden, nach wie vor bedenklich nach; so sehr, daß auch die Herren des Pentagon in Washington die Befürchtungen Herbert Hoovers zu teilen scheinen, welcher jüngst sagte, daß es den Westeuropäern an Kampfwillen gegen den Kommunismus gebreche:

«Im Pentagon hört man die Ansicht, einen eigentlichen Kampfwillen zeigten nur Großbritannien, Norwegen, die Türkei und Spanien, während der Kampfwille des französischen und des italienischen Heeres diskutabel sei und mit den Deutschen nicht gerechnet werden könne, da sie über keine Waffen verfügten».

(Bezüglich Spaniens scheinen wohl einige Zweifel am Platz.) Immerhin: der Westen als Ganzes ist von den USA heute schon machtpolitisch mächtig hochgerissen. Zudem hat der amerikanische Einsatz in Korea den Führern Rußlands plastisch dargelegt, daß jede weitere Offensivaktion auf sofortige Reaktion stoßen würde. Unter diesen Umständen kann also heute grundsätzlich von der Sachlage ausgegangen werden, die der portugiesische Ministerpräsident Salazar unlängst in einem Interview andeutete, als er sagte,

es bestehe die Möglichkeit, daß Moskau eine Kompromißpolitik des Lebens und Lebenlassens suchen oder aber sich in den Isolationismus zurückziehen werde, wobei in beiden Fällen der Erhaltung des Weltfriedens gedient wäre.

Jedenfalls besteht zur Zeit nach manchen Richtungen der Eindruck, als ob sich die russische Politik, der Begrenzung ihrer machtpolitischen Möglichkeiten bewußt, um eine günstigere taktische Situation bemühe, um ihre Ziele auf andere Weise durchzusetzen. Daher auch das langgezogene Ringen in den Verhandlungen der vier Mächte.

Allein die nunmehr gegebene Lage — stets wachsendes Rüstungspotential der Vereinigten Staaten und die dargelegte Alternative in Korea — verstärkt von Tag zu Tag die Verpflichtung der Politik von Washington und Präsident Trumans persönlich, die Führung zu ergreifen, und zwar in noch ganz anderem Maße als es bisher geschehen ist. Hier aber scheinen sich recht beträchtliche Schwierigkeiten zu ergeben. Die Husarenrolle, die das amerikanische Volk nun in der angriffigen Abwehr gegen die Kräfte des Kommunismus in der freien Welt übernehmen soll, ist ihm etwas durchaus ungewohntes. In der «Neuen Zürcher Zeitung» berichtete seinerzeit Urs Schwarz («Herbst 1950 in Amerika») in diesem Zusammenhang:

«Die Fähigkeit des Kommunismus, die Massen für sich zu gewinnen, sie dazu zu bewegen, die Freiheit wegzuerwerfen, sie gegen schreiende Ungleichheit und Knechtschaft unter dem allmächtigen Staat zu vertauschen, bedeutet deshalb für Amerika eine völlig unerwartete Erscheinung. Seit im zweiten Weltkrieg, in Griechenland, in China und wieder in Korea sich das Phänomen zeigte, daß die Massen unter der Herrschaft des Kommunismus zu kämpfen verstehen und ihn mit größerer Hingabe verteidigen als der amerikanische Bürger seine Freiheit und Gleichheit, fühlen manche Amerikaner tiefe Besorgnis. Sie sehen sich gezwungen, sich mit einer Welt auseinanderzusetzen, die Amerika auf dem eigenen Boden angreift. Aus dem Monolog ist ein Dialog geworden».

Aus diesem Zustand einer bedeutenden inneren Erschütterung heraus die Führung der Welt zu übernehmen, ist natürlich ein Problem. Es spielen außerdem noch zahlreiche andere Momente herein, welche geeignet sind, die grundsätzliche Schwierigkeit zu vergrößern. Hier ist zu nennen einmal ein gewisser Mangel an diplomatischer Erfahrung, zumal im Vergleich mit europäischen Ländern von gewaltiger geschichtlicher Vergangenheit, wie Großbritannien und Frankreich. Hiezu kommt als weiteres erschwerendes Moment der Umstand, daß in Amerika die Probleme der Außenpolitik in weitem, ja ungehemmtem Maße zum Spielball der innenpolitischen Auseinandersetzungen gemacht zu werden pflegen, — wieder in ausgesprochenem und nachteiligem Gegensatz zu großen Ländern Europas, wie Großbritannien und Frankreich. Zu diesen grundsätzlich gegebenen und ihrer Natur nach offenbar stabilen Schwierigkeiten kommt im besonderem Falle des Problems, das hier anlaßweise zur Behandlung steht, die Tatsache, daß das amerikanische Volk im Krieg in Korea weitaus die größten Blutopfer gebracht hat und täglich bringt. Wo aber das Volk so stark gefühlsmäßig reagiert wie in diesem Fall, werden die ohnehin bestehenden Schwierigkeiten für die Regierung bedeutend verstärkt. Alle diese Umstände nun haben jene Unsicherheit in der amerikanischen Politik geschaffen, wie sie sich fundamental im steten Auf und Ab in der Frage darbietet, ob Europa oder der Ferne Osten an erster Stelle den Einsatz beanspruchen soll, — oder in concreto: wie also die Alternative um Korea nun entschieden werde.

Den Führern der russischen Politik sind diese Umstände natürlich wohl bekannt; — wohl bekannt ist ihnen aber auch der Umstand, daß angesichts dieser prononcierten Unsicherheiten eben jene Völker Europas, deren große geschichtliche Vergangenheit und politisch-diplomatische Erfahrung scharf ins Gewicht fallen, sich gerne hier und dort von der amerikanischen etwas zweifelhaften Führung distanzieren: Großbritannien und Frankreich. Zu der Zeit, da der Präsident der französischen Republik auf Staatsbesuch in den Vereinigten Staaten weilte, veröffentlichte die Zeitung «Le Monde», die dem französischen Außenministerium nahesteht, einen Aufsatz, darin es hieß,

Europa müsse den «europäischen Weg» suchen, es dürfe sich weder an Moskau noch an Washington binden. Moskau bedeute das Auslösen der Freiheit unter der Tyrannei, Washington bedeute den Krieg gegen die Tyrannei, aber auf Kosten des Unterganges von Europa. . . «Zwischen der Unterwerfung unter Moskau und einem Krieg, der zum Selbstmord werden könnte, sucht ein großer Teil der europäischen öffentlichen Meinung instinktiv einen dritten Weg». Diese Richtung sei dankbar für die amerikanische Hilfe, aber keineswegs sicher, ob diese notwendigerweise die Gestalt des Atlantikpakts hätte annehmen müssen. «Sie hat bestimmte Gründe dafür, zu fürchten, daß er in seiner Anwendung nur Europas innere Unordnung und Europas Risiken vergrößert».

Das war um die gleiche Zeit, als eben die Errichtung eines großen amerikanischen Luftstützpunktes, — aber nicht wie bisher in Marokko, sondern auf dem Boden des französischen Mutterlandes bekanntgegeben wurde. Recht seltsam mag es manchem guten Franzosen dabei zu Mute gewesen sein. Und nicht umsonst erinnern die Ausführungen des großen französischen Blattes in starkem Maße an Äußerungen, die General de Gaulle wiederholt getan hat. Spürt man vielleicht auch am Quai d'Orsay den Einfluß der kommenden Wahlen? Gemeinhin werden solche Auffassungen heute als «Neutralismus» bezeichnet. Es machen sich indessen auch in Großbritannien ähnliche Tendenzen bemerkbar, wenn sie auch keineswegs eine so ausgesprochene Form annehmen wie in Frankreich. Zumindest sagt man dem neuen Außenminister nach, er möchte sich vor dem amerikanischen Einfluß selbständiger zeigen als sein Vorgänger.

Wie dem auch sei: sicher waren es in letzter Linie solche Einflüsse, welche zu dem scharfen Eingriff des europäischen Westens in die koreanische Alternative geführt haben. Ausweitung oder Stabilhaltung? Die Stellung Frankreichs und Großbritanniens scheint hier klar, die Stellung der Vereinigten Staaten unsicher. Gegenüber dieser gemischten Position, deren problematischer Charakter noch durch zahlreiche weitere Einflüsse verstärkt wird — Indien, der arabische Block, Canada einerseits, Australien und Neuseeland andererseits —, steht die Politik Sowjetunion in ihrer ganzen Unerbittlichkeit, gestützt und gefördert von den Massen der Völker, die nichts zu verlieren, aber alles zu gewinnen glauben. Aus diesem Grunde ist die heutige Lage so unheimlich.

So scheint denn die Stellung des Westens vor der Bedrohung aus dem Osten einigermaßen problematisch. Allein wer möchte dafür einstehen, daß auf der andern Seite des Vorhanges nicht dieselbe Unsicherheit sich ausbreitet? Nachdem davon ausgegangen werden kann, daß der Kreml sich der Unmöglichkeit bewußt ist, auf machtpolitisch-militärischem Boden jetzt und in absehbarer Zukunft gegen den Westen aufzukommen, stellt sich für ihn im Grunde ein ganz ähnliches Problem wie für die Gegenseite: die Frage nämlich, wie er sein Ziel — die Ausbreitung des

Kommunismus in der Welt und ihre Beherrschung durch ihn — erreichen kann, ohne im allgemeinen und im einzelnen Fall in eine kriegerische Verwicklung hineingezogen zu werden, deren er, weil sie zu einem dritten Weltkrieg führen würde, nicht gewachsen wäre. So sind im Grunde die Grenzen, welche dem Westen in seinem Kampf um die Erhaltung der freien Lebensart vor dem Kommunismus in der Welt gesetzt sind, dieselben für den Osten in seinem imperialistischen Bestreben. Daher das Zerren und Reißen und das Auf und Ab immer dort, wo Verhandlungen gepflogen werden; — daher auch das stete Abtasten und Herumstochern in allen Gebieten der Welt, die sich irgendwie als neuralgisch erweisen, — und es sind ihrer nicht wenige. Und wie die Hauptposition des Westens — die Vereinigten Staaten — stetem Zweifel und offensichtlicher Besorgnis ausgesetzt ist über den wirklichen inneren Bestand und Kampfwillen der Verbündeten, so sieht seinerseits der Kreml die Haltung und den potentiellen Einsatz seiner Satelliten in dauerndem Zwielicht, sobald die Perspektive einer großen Auseinandersetzung mit den Waffen in Erscheinung tritt.

Betrachtet man unter solchen Gesichtspunkten die «Großen Debatten», die in Amerika um die Fragen der Außenpolitik und im besonderen um die Frage: Stabilhaltung oder Ausweitung? geführt werden, so erhalten sie ihre besondere Beleuchtung. So sehr theoretisch durchaus die Möglichkeit bestände, das Auf und Ab auf den koreanischen Schlachtfeldern noch über geraume Zeit weiterzuführen, so sehr besteht auch theoretisch die Möglichkeit, den jetzigen Spannungszustand zwischen den Blöcken mit dem Auf und Ab seiner Dehnungen — jeweils bis zur Zerreißprobe — an sich im Gang der kommenden Jahre weiterzuführen. Allein in Wahrheit ist es eben anders, in Wahrheit ist es eben so, daß die Amerikaner es auf die Dauer nicht ertragen können, wenn ihre jungen Menschenleben tropfenweise und über Monate hin für ein immerhin einigermaßen imaginäres Prinzip geopfert werden; und im parallelen Sinne erscheint es, in die Weite gesehen, unwahrscheinlich, daß die Nerven der westlichen Menschen auf Jahre hinaus die ständige Spannung bis zur Zerreißprobe, mit dem ständigen Ausweichen vor irgend einer endgültigen Lösung ertragen werden, noch auch — und das ist nicht weniger wichtig —, daß ihre Wirtschaft der steten unproduktiven Arbeit gewachsen sein wird oder überhaupt gewachsen sein will. Nun stellt sich aber gerade dieses entscheidende Problem auf der östlichen Seite des Vorhanges anders, denn die Diktatur braucht nur wenig oder gar nicht mit den Empfindungen oder Reaktionen ihrer Untertanen zu rechnen. Schon zu mehreren Malen hat der Kreml auf die wirtschaftliche Erschütterung des Westens gesetzt und den Einsatz verspielt; es wird einer großen Kunst der westlichen Führung bedürfen, zu verhindern, daß die Kugel nicht doch eines Tages auf seine Nummer fällt.

Man begreift unter diesen Gesichtspunkten einigermaßen die Haltung General Mac Arthurs — Ausweitung —, aber gleichermaßen auch die General Bradleys — Stabilhaltung —. Und vielleicht ist, bei näherem Zusehen, der Unterschied in den beiden Auffassungen weniger groß als man meint, und eher zeitbedingt. Wer weiß: vielleicht wäre es gut, wenn der Kreml sich nicht allzulange Zeit ließe, diese Umstände in ihrem ganzen Gewicht zu erkennen und daß er dann eben in dem Sinne handelt, welchen der portugiesische Ministerpräsident Salazar in seinen Perspektiven angedeutet hat. Irgendwie könnte es eines Tages zu spät sein.

Für den Westen aber wird unter den gegebenen Umständen nach wie vor die Aufgabe wegleitend bestimmt durch die Zeichen der fortgesetzten Rüstung mit ihrer

Forderung, die Wirtschaft nach Möglichkeit in Ordnung zu halten, immer aus derselben und schon so oft dargelegten Erwägung heraus — sie gilt zumal für den kontinentalen Westen —, daß Schwächezeichen in diesem Bereiche gleichbedeutend sind mit der Schaffung neuer Infiltrationsherde für die kommunistische Propaganda. Man wird hier vorzugsweise an Frankreich und Italien denken, aber auch an Holland, wo sich die Dinge erneut zuzuspitzen scheinen. Die französische Streikwelle hat die erwarteten Folgen gezeitigt: die Preise sind im Begriff, die Löhne in demselben Maße im Stich zu lassen, wie es vorher war. In Holland scheint sich eine ähnliche Entwicklung anzubahnen. Wird diesen Dingen nicht durch scharfe Maßnahmen Einhalt geboten, dann ergibt sich unweigerlich die Alternative: Inflation oder neue Dollaraufnahmen und damit verstärkte Abhängigkeit von Amerika. Vielleicht, daß in Frankreich die Wahlen hier noch rechtzeitig Wandel schaffen. Es mag Aufsehen erregen und sollte zumindest dem Westen doch einigermaßen zu denken geben, wie man solche Dinge auf der andern Seite des Vorhanges anpackt. Wir lasen folgende Meldung aus Prag:

«Die tschechoslowakische Regierung gibt bekannt, daß mit Wirkung ab 1. April alle Löhne in der Tschechoslowakei einem Lohnstopp unterworfen sind... In dem offiziellen Communiqué heißt es, die Produktion sei hinter den Löhnen zurückgeblieben. In der Bekanntmachung wird erklärt, der Lohnstopp werde durch eine Verordnung ersetzt, nach der die Löhne und das Produktionsniveau miteinander verbunden würden. Nach diesem künftigen System dürften Löhne und Saläre das verbindlich festgelegte Lohntotal nur überschreiten, wenn der Produktionsplan überschritten wird und nur um den gleichen Prozentsatz, wie der Produktionsplan überschritten wurde. Andererseits wird die Nichterfüllung des Produktionsplans eine Verminderung der Löhne mit sich bringen».

Es wäre wohl empfehlenswert, man würde in gewissen Ländern des Westens solche Maßnahmen in besinnlicher Weise zur Kenntnis nehmen, — auch dann, wenn sie nun einmal nicht vor, sondern hinter dem Eisernen Vorhang ins Werk gesetzt wurden.

Für die Betrachtung der kommenden Dinge ist also bis auf weiteres festzuhalten: der dritte Weltkrieg wird nicht ausbrechen, weil die Sowjetunion, ihrer Satelliten nur begrenzt sicher, gegen das Rüstungspotential des Westens nicht aufkommen kann und sich dessen bewußt ist; weil ferner der Westen seinerseits nicht nur in Korea, sondern im allgemeinen Rahmen sich gegenüber der Alternative: Stabilhaltung oder Ausweitung? vorerst für die Stabilhaltung entschieden hat. Das Durchhalten dieser Lage erfordert von beiden Seiten äußerste Kraftanstrengung im psychologischen und im wirtschaftlichen Bereiche, — eine Kraftanstrengung, die sich jenseits des Vorhanges in einer Verschärfung der Mittel der Diktatur äußern muß. Der Westen seinerseits wird diese schwere Periode — sie ist um so schwerer, als ihr Ende vorerst nicht abzusehen ist — nur durchstehen, wenn er die Infiltrationsherde des Kommunismus abtöten und damit beseitigen kann.

Über diesen unmittelbaren Zielen und Mitteln aber — in enger Verbindung mit ihnen und im Sinne ihrer Weiterentwicklung — steht die Durchsetzung des Punkt-vier-Programms des Präsidenten Truman. Ihm kommt — darüber wird sich wohl niemand ernstlichen Zweifeln hingeben — für die weitere Zukunft allein die wahre, die entscheidende Bedeutung zu. Nicht umsonst stellt Truman diese Riesenaufgabe mehr und mehr in den Vordergrund seiner Arbeit; nicht umsonst möchte er, daß die Geschichte einst seinen Namen mit diesem gewaltigen Werk

verbinde. Diese Aufgabe, welche das Stichwort «Entwicklung rückständiger Gebiete» umschließt, hat der indische Delegierte bei der Uno, Sir Benegal Rau, unter der bezeichnenden Parole «Preis des Friedens» wie folgt umschrieben:

«In den wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebieten der Welt leben über eine Milliarde Menschen. Ihr Lebensstandard kann auf Grund der Tatsache ermittelt werden, daß ihr jährliches Einkommen auf den Kopf der Bevölkerung rund ein Achtzehntel des Einkommens eines Bürgers der Vereinigten Staaten beträgt. Von nur ganz geringen Ausnahmen abgesehen, lebt diese Bevölkerung von Lebensmittelrationen, die 20 Prozent unter dem für die Aufrechterhaltung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit als Minimum angesehenen Mindestbedarf liegen. In manchen Gegenden ist die Unterernährung chronisch, dazwischen kommen noch wahre Hungerperioden. So bieten uns die unterentwickelten Gebiete der Welt ein fast unbegrenztes Tätigkeitsfeld, wo die Energien des Menschen fruchtbar eingesetzt werden könnten. Um dauernden Frieden, Sicherheit und Wohlfahrt in der Welt zu schaffen, müssen wir unsere Kräfte zu einer wirtschaftlichen Offensive zur Beseitigung des Hungers, der Armut, von Krankheit und Analphabetentum vereinigen. In der Hälfte der Welt sind dies die wirklichen Feinde des Friedens. Laßt uns gegen diese schlimmsten Feinde einen totalen Krieg führen».

* * *

Die innerpolitische Lage der Schweiz ist in diesen Frühlingstagen unverkennbar stark beeinflußt durch das Herannahen der Nationalratswahlen, welche, wie üblich, am letzten Sonntag des Oktober stattfinden. Wer es noch nicht wußte, dem ist über diesen Punkt anlässlich der Debatte zur Deckungsvorlage für die Rüstungsfinanzierung die notwendige Klarheit geschaffen worden. Nachdem noch der Bundesrat in seiner Botschaft zu der Frage der Deckung der außerordentlichen Wehraufwendungen deutlich erklärt hatte, die Belastung des Einkommens und Vermögens durch die Rüstungszuschläge zur Wehrsteuer müsse durch eine angemessene Belastung des Verbrauchs ergänzt werden, so ist später diese ausgleichende Auffassung durch Bundesrat Nobs selbst de facto preisgegeben worden. Diese Stellungnahme ist um so bemerkenswerter, als der Chef des Finanzdepartements, leider unterstützt durch die Mehrheit der Räte, andererseits darauf beharrte, daß die Zuschläge zur Wehrsteuer progressiv und nicht linear erhoben würden. Es war das Verdienst von Ständerat Dr. Speiser, in eindeutiger Weise die Aufmerksamkeit des Rates auf diese Zusammenhänge zu lenken. Hier wurde denn wieder einmal mit aller Deutlichkeit klargelegt, welches das Ziel der sozialistischen Steuerpolitik in Wahrheit ist: nämlich die Belastung der höheren Einkommen und der größeren Vermögen bis zu einem Punkt, wo das freie Wirtschaftssystem ruiniert wird und damit die nötigen Voraussetzungen zur Überführung der Wirtschaft in das sozialistische Wirtschaftssystem geschaffen werden. Es ist gut und zweckmäßig, wenn das Bürgertum sich in allen Schichten — auch in solchen, welche der Sozialdemokratie gegenüber gern ein Auge zudrücken — über diese Zusammenhänge wieder einmal klar wird.

Im übrigen braucht man im Schweizervolk vor wirklichen Änderungen der Struktur unseres wirtschaftlichen Gefüges vorerst bestimmt nicht bange zu sein. Daß die weit überwiegende Mehrheit der Stimmbürger Experimente in dieser Richtung

eindeutig ablehnt, hat der eidgenössische Urnengang vom 15. April in nicht mißzuverstehender Weise klar gemacht. Es läßt sich wohl sagen, daß das Ergebnis der Volksabstimmung über die Freigeldinitiative zu den erfreulichsten Erscheinungen gehört, welche das politische Leben unseres Landes in letzter Zeit hervorgebracht hat. In diesem Zusammenhang verdient indessen auch die Volksabstimmung vom 25. Februar mit ihrer eindeutigen Ablehnung der Autotransportordnung alle Beachtung, weil auch hier eine Grundhaltung des Stimmbürgers zum Ausdruck kam, die in diesem Wahljahr ebenfalls mit Befriedigung vermerkt zu werden verdient. Zwar mag bei jenem Entscheid des Volkes die Erwägung der offenbar mangelnden Verfassungsmäßigkeit der Vorlage stark ins Gewicht gefallen sein; allein in ihrem Kern zielte die Ablehnung unverkennbar gegen das vorgesehene Regime staatlicher Regelung, Kontrolle und Bewilligung und gegen den ungesunden Geist dieser Vorlage, durch welche die freie Initiative zu Gunsten der bereits «Eingesessenen» in unzulässigem Maße beschränkt werden sollte. Diese Ablehnung staatlicher Einmischung und Bevormundung ist in jüngster Zeit zu wiederholtem Male — wir erwähnen hier als weiteres Beispiel nur das Tuberkulosegesetz — in recht eindeutiger Weise zum Ausdruck gekommen. Man darf deshalb der Hoffnung Ausdruck geben, daß nunmehr das Landwirtschaftsgesetz den Stimmberechtigten in einer Fassung vorgelegt werde, welche auf diese Grundhaltung des Stimmbürgers Rücksicht nimmt. Es erscheint bemerkenswert, daß es nicht nur bürgerliche Presseorgane sind, die hier vor einer Überlastung warnen, daß vielmehr auch in der sozialistischen Presse deutlich abmahrende Stimmen erklingen. Jedenfalls ist die Schlußfolgerung zulässig, daß die überwiegende Schicht der Konsumenten, die schon bei mancher Abstimmung den Ausschlag gegeben hat, nicht gewillt ist, zu starke Einschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit und zu starke Eingriffe in den natürlichen Ablauf des Preisgefüges ohne weiteres hinzunehmen.

Man wird im übrigen davon ausgehen dürfen, daß die Nationalratswahlen kaum große Verschiebungen zu Tage bringen werden. Dieser Eindruck fließt unschwer aus der Betrachtung der Ergebnisse jüngster Kantonalwahlen, und in diesem Bereiche ist das Ergebnis der Zürcher Kantonsratswahlen im Sinne einer Bestätigung anzusehen. Es sind hier tatsächlich keine Verschiebungen eingetreten, welche irgendwie auf eine wesentliche Änderung der politischen Kräfteverteilung schließen ließen. Erwähnenswert wäre einzig der starke Rückgang der Stimmen der «Partei der Arbeit»; er entsprach indessen zu sehr den Erwartungen, als daß ihm besonderes Aufsehen beschieden wäre, — wie denn überhaupt der Kommunismus in unserem Lande über keine irgendwie ernstzunehmende Voraussetzung verfügt. Die PdA fiel auf einen Sechstel ihres Bestandes zurück; bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist einzig die Tatsache, daß die derart freigewordenen Mandate nur in sehr geringem Maße den Sozialdemokraten zufielen, so daß die Linke im gesamten eine Schwächung erlitt. Dagegen ist unverkennbar ein gewisser Teil dieser Stimmen dem «Landesring» zugegangen — eine neue Bestätigung dafür, wie nach wie vor das fluktuierende Element in dieser «Bewegung» seine Heimstätte findet.

Die Schwierigkeiten, welche bei der Finanzierung der Deckungsvorlage für die Rüstungsaufwendungen entstanden sind, mögen geeignet sein, das Interesse in vermehrtem Maße auf eine Vorlage zu lenken, welche Gegenstand des nächsten eidgenössischen Urnenganges sein wird: die Initiative zur Besteuerung öffentlicher Unternehmungen, welche am 8. Juli zur Abstimmung gelangt. Es ist zu hoffen, daß sich unter dem Eindruck der ungünstigen Sachlage bei der Rüstungsfinanzie-

rung eine Mehrheit für diese Vorlage findet, in der Erwägung, daß die Heranziehung der im allgemeinen gut arbeitenden öffentlichen Anstalten zur Deckung der Bundeslasten angemessen und gerecht sei.

Jann v. Sprecher

Bericht aus Österreich

In dem Augenblick, da diese Zeilen in Druck erscheinen, sind es nur noch wenige Tage bis zum 6. Mai, an dem das Volk von Österreich zum ersten Mal in seiner Geschichte in *direkter* Wahl seinen Präsidenten wählen wird. Lange Wochen hindurch waren in der Regierung und auch im Schoß der bürgerlich-sozialistischen Koalition starke Kräfte am Werk, die diese durch die Verfassung von 1929 vorgesehene Volkswahl des Staatsoberhauptes verhindern wollten, indem sie auf das Desinteressement der Bevölkerung, auf die hohen Wahlkosten — und was sonst noch alles als Argument Geltung haben konnte — hinwiesen und gleichzeitig für den bisherigen Modus der Wahl durch die Bundesversammlung eintraten. Trotz aller Bemühungen hinter den Kulissen blieb diesen Bestrebungen aber der Erfolg versagt, weil letzten Endes keine Partei die Verantwortung für den neuerlichen Entzug eines verbrieften Volksrechtes auf sich nehmen wollte und weil sich die beiden Regierungsparteien auf keinen gemeinsamen Kandidaten hätten einigen können. Wesentlich beeinflußt wurden diese Entscheidungen allerdings auch von der Furcht vor einer russischen Intervention, die man durch eine neuerliche Umgehung der Verfassung direkt provoziert hätte. Die Sowjets haben zwar schließlich auch gegen das Präsidentschaftswahlgesetz formell Einspruch erhoben, — aber nur deshalb, weil sie der Regierung Schwierigkeiten machen wollten und weil sie schon 1946 eine allgemeine Verfassungsänderung verlangt haben.

Jetzt, wo die Kandidaten für den Posten des österreichischen Staatsoberhauptes feststehen, kann man sehen, daß die Behauptung, das Volk nehme an dieser Wahl keinen Anteil, absolut nicht zutrifft. Obwohl von einer richtigen Wahlkampagne bisher noch nicht die Rede sein kann und die Präsidentschaftsbewerber sich nur den Vertrauensmännern ihrer Parteien vorgestellt haben, beschäftigt man sich sehr eingehend mit den Personalien und der Vergangenheit der Prätendenten, wobei man sich diesmal dessen wohl bewußt ist, einen Mann und erst in zweiter Linie eine Partei zu wählen. Aus diesem Grund ist auch die Frage schwer zu beantworten, ob wirklich alle Parteiwähler bei der Stange bleiben werden. Sehen doch viele jetzt eine Möglichkeit, der Parteiführung eine unangenehme Überraschung zu bereiten und diese so an ihre Versprechungen zu erinnern. Insbesondere in Wirtschaftskreisen ist man mit der nachgiebigen Politik der Volkspartei gegenüber den Sozialisten sehr unzufrieden und unterstützt aus taktischen Gründen insgeheim den parteilosen Kandidaten Dr. Burghard Breitner. Auch innerhalb der Sozialistischen Partei hat die Nominierung des Wiener Bürgermeisters Dr. Körner keineswegs restlose Zustimmung, geschweige denn Begeisterung gefunden. Dies trifft besonders für die westlichen und südlichen Bundesländer zu, wo der Exgeneral eben trotz aller Disziplin «der Wiener» ist. Und der von einem steirischen Wochenblatt erhobene Vorwurf, Bürgermeister Körner sei ein östlicher «Anpasser» und Sowjetfreund, blieb in der sozialistischen Presse unwidersprochen. Er darf aber andererseits eben wegen seiner Russophilie auf einige Tausend kommunistische Stimmen zählen, obwohl der Linksblock selbst einen eigenen Zählkandidaten in der Person des einzigen kommunistischen Bundesrates Gottlieb Fiala nominiert hat.

Wer objektiv die Chancen aller fünf Präsidentschaftskandidaten abwägt, muß zugeben, daß der von der Volkspartei aufgestellte oberösterreichische

Landeshauptmann Dr. Heinrich Gleißner die größten Aussichten

hat, das Rennen zu gewinnen. Allerdings nicht im ersten Wahlgang, sondern erst in der Stichwahl, die später zwischen den beiden Spitzenkandidaten stattfinden wird. Das einzige Ereignis, das Dr. Gleißners Sieg in Frage stellen könnte, wäre der Verzicht der Sozialisten auf ihren eigenen Kandidaten und die Nominierung Dr. Breitners oder einer anderen neutralen Persönlichkeit, der auch auf die Stimmen der Rechten zählen darf, im zweiten Wahlgang. Es ist fraglich, ob dies geschehen kann; — aber die Sozialisten würden natürlich gern verhindern, daß künftighin nicht nur der Bundeskanzler und der Präsident des Nationalrates, sondern auch der Bundespräsident von der Volkspartei gestellt wird. Nur diese Vereinigung von politischen Machtpositionen in der Hand der bürgerlichen Staatspartei ist es, welche die Sozialisten gegen Dr. Gleißner auf den Plan ruft. Sonst haben sie eigentlich wenig gegen ihn einzuwenden, wie schon die klaglose Zusammenarbeit in Oberösterreich in den letzten fünf Jahren deutlich gezeigt hat. Das liebenswürdige Wesen, eine tiefe Sachkenntnis und die hohen moralischen Qualitäten des Landeshauptmanns sind eine ausreichende Gewähr für die allgemeine Überzeugung, daß Österreich mit Dr. Gleißner als Präsidenten nicht schlecht fahren wird. Seine Popularität in Westösterreich ist groß und da er sich nach 1945 jeder Verfolgung der Anhänger des NS-Regimes enthalten hat, kann er auch auf der Rechten auf einige Sympathien rechnen.

Die recht spät erfolgte Aufstellung eines parteilosen Präsidentschaftskandidaten in der Person des Präsidenten des Roten Kreuzes, Dr. Burghard Breitner, hat aber die Rechnungen der drei alten Parteien ziemlich in Unordnung gebracht. Wenn freilich auch der Grundstock der BB-Wähler das rund eine halbe Million Stimmen umfassende Lager des rechtsgerichteten Verbandes der Unabhängigen (VdU) ist, so darf doch andererseits nicht verkannt werden, daß der Wunsch nach Entpolitisierung des Staatsapparates allgemein ist. Dazu kommt noch die fatale Verschlechterung der Lebensverhältnisse, für die natürlich immer die Regierung verantwortlich gemacht wird; aus diesen Gründen werden viele nach einem Ventil suchen, um ihrer Unmut Luft zu machen. Zudem war Breitners Name in der Zeit nach dem Ende des ersten Weltkrieges in aller Munde; er hat als «Engel von Sibirien» Aufnahme in die Schullesebücher gefunden. Breitners Verdienste um die österreichischen Kriegsgefangenen und sein Ansehen als Chirurg haben daher dazu beigetragen, daß die Propaganda für ihn auch Kreise erfaßt, die sonst jeder Politik fernstehen.

Nur geringe Aussichten dürfen dem fünften Kandidaten, einer Frau Ludovica Hainisch-Marchet, die von einigen Frauenorganisationen portiert wird, zugebilligt werden. Sie ist die Tochter des früheren Unterrichtsministers Dr. Marchet sowie zugleich die Schwiegertochter des ersten österreichischen Präsidenten Dr. Hainisch und wirkte selbst lange Jahre beim Völkerbund in Genf; — aber ihre Plattform ist zu klein und ihr Programm zu unklar, als daß sie auch nur einen Achtungserfolg erwarten könnte.

Noch ein sechster Kandidat stand lange Zeit zur Diskussion: Universitätsprofessor Dr. Johannes Ude, der bekannte katholische Geistliche und Lebensreformer, fünffacher Doktor und Kandidat für den Friedensnobelpreis, — aber es ist fraglich, ob sich für ihn eine Hintertür finden ließe, da ja allen katholischen Priestern vonseiten der Bischöfe die Annahme eines politischen Amtes verboten wurde.

Schwierige Lage der Wirtschaft

Ein halbes Jahr nach den Oktoberunruhen zeigt sich, daß die damaligen Voraussagen der Regierung bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung nicht eingetroffen sind. In den letzten Monaten sind die Preise weiter gestiegen. Besonders

stark getroffen wurde der kleine Mann durch die Verdoppelung der Preise für tschechische und polnische Kohlen, die natürlich auch alle Haushalte der Länder und Gemeinden in Unordnung gebracht hat. Die Holzpreise erfuhren eine namhafte Erhöhung, die sich weithin auswirken wird. In diesem allgemeinen Run nach oben wollen auch die Bauern nicht fehlen; sie verlangen immer lauter eine Erhöhung des Milchpreises. Nach einer Käuferpanik zu Beginn d. J. ist im Handel ein starkes Absinken der Nachfrage zu verzeichnen; — nicht weil der Wunsch sich einzudecken, geschwunden wäre, sondern weil die Reserven des kleinen Mannes aufgebraucht sind. Wer nicht die Augen vor der Wirklichkeit verschließt, muß mit einigem Bangen der nächsten Zukunft entgegensehen. Selbst die Regierung weiß heute noch nicht, ob und wie sie die Lage wird meistern können; die Hilfe des Westens einerseits und Störaktionen der Kommunisten, die kürzlich innerhalb der Wiener Polizei einen starken Wahlerfolg erzielt haben, andererseits werden dabei eine große Rolle spielen. Schon mehrmals hat die Regierung an die OEEC appelliert und auf die besondere Lage Österreichs hingewiesen, das sich an den westlichen Verteidigungsmaßnahmen nicht beteiligen kann, andererseits doch zum Westen gehört und von diesem erwartet, daß man es nicht dem Osten überlasse. Diese Bitten haben aber — was die Zuteilung verschiedener lebenswichtiger Rohstoffe betrifft — bisher kein besonderes Echo gefunden. Dazu kommt, daß auch das Zaudern der privaten Wirtschaft, die sich auf den Weltmärkten nicht rechtzeitig genug eingedeckt hat, zu jenen Mangelerscheinungen geführt hat, die sich heute in Österreich bemerkbar machen. Wenn man die Ein- und Ausfuhren der letzten, entscheidenden Monate betrachtet, so entsteht ein ungefähres Bild der hier angedeuteten Fehler: die Rohstoffimporte erreichten nur etwa zwei Drittel der Einfuhren von 1937, wobei sich besonders bei Kautschuk (72 % weniger als im letzten Quartal 1949), Baumwolle (35 % weniger), Kohle (25 % weniger) und Schafwolle (25 % weniger) starke Rückgänge zeigten. In der Stahlindustrie verminderten sich in dieser kritischen Zeit die Vorräte an Eisenlegierungen derart, daß man im Augenblick nicht mehr weiß, ob es möglich sein wird, bestimmte Stahlsorten weiterhin zu erzeugen. Auch kann die Exportkonjunktur (der Ausfuhrwert stieg in den letzten Monaten des Jahres 1950 um fast 37 %) und die damit verbundene ständige Zunahme der Devisenreserven der Nationalbank deswegen nicht befriedigen, da es sich gezeigt hat, daß vielfach gerade solche Rohstoffe ins Ausland gebracht wurden, die Österreich selbst dringend braucht, — wie beispielsweise Buntmetalle. Wie weit hier das jetzt vom Parlament eingesetzte Wirtschaftsdirektorium Wandel schaffen können, bleibt fraglich; die Antwort wird wohl nicht so sehr von Österreich, sondern von der weltpolitischen Entwicklung und den Ereignissen auf den Weltmärkten abhängen.

Bericht aus Italien

Betrachtet man die gegenwärtige Weltlage objektiv, so kommen einem gleichzeitig das Studentenlied: «O quae mutatio rerum» und der Bibelspruch: «Die letzten werden die ersten sein» in den Sinn. Nicht als ob bei den großen Besiegten des letzten Weltkrieges Schlaraffenlandzustände herrschten, aber ihre Lage ist zum mindesten nicht schlechter als diejenige der Sieger. Daß es in Deutschland und Japan aufwärts geht, und — Erhaltung des Friedens vorausgesetzt — weiter aufwärts gehen wird, ist eine unleugbare Tatsache. Einen nicht minder erfreulichen Eindruck erweckt Italien, das De Gasperi mit sicherer Hand in eine bessere Zu-

kunft steuert. In Frankreich hätten die verschiedenen innenpolitischen Krisen und «crisette» Roms der letzten Jahre allermindestens ein halbes Dutzend Ministerwechsel gezeitigt. Hier besorgt seit fünf Jahren praktisch das gleiche Ministerteam die Regierungsgeschäfte, und welche Wohltat für ein Land eine solche Stabilität bedeutet, wissen wir Schweizer am besten. In Amerika pflegt man die kommunistische Gefahr in Italien mit dem Pantographen an die Wand zu malen. Nun, die McArthur-Krise, die ja noch allerhand Neues bringen dürfte, schafft vielleicht eine gewisse Umwertung aller Werte. Es würde uns angesichts dieser Umstände gar nicht wundern, wenn Ministerpräsident De Gasperi sehr verlockende Anstellungsangebote aus dem Ausland erhalten würde. Weshalb sollen nur Fußballkanonen und Businessman-Kapazitäten gekauft oder gemietet werden können? Premiers sind für die Menschheit mindestens ebenso wichtig.

Den Schlüssel zu De Gasperis Können bietet sein Alter, so paradox dies klingen mag. Dieser körperlich und geistig spannkraftige Mann feierte dieser Tage den siebzigsten Geburtstag. Geographisch ist er im Trientiner Grenzland beheimatet (er war vor dem ersten Weltkrieg Abgeordneter im österreichischen Parlament), historisch im christlichsozialen Liberalismus. Sein diplomatisches Werkzeug hat er sich während seiner jahrelangen Tätigkeit in der vatikanischen Bibliothek angeeignet. Neben England dürfte der Kirchenstaat ja weitaus die beste diplomatische Tradition der Welt haben. Kein Wunder, daß Alcide De Gasperi die Kunst der Menschenführung in einem Ausmaße beherrscht, daß sogar skeptische Italiener von Magie reden.

Auf dem Felde der Außenpolitik

hat er, zusammen mit Außenminister Sforza, sowohl am französisch-italienischen Rendez-vous in Santa Margherita, als vor allem beim kürzlichen Besuch in London die Stellung Italiens weiterhin zu verbessern gesucht, und dieses Ziel auch weitgehend erreicht. Spektakuläre Erfolge hat niemand erwartet. Am Treffen an der Riviera war Italien sichtlich der unworbene Teil. Frankreich suchte ein Gegengewicht gegen die angelsächsische Übermacht und das zusehends erstarkende Deutschland. Daß daneben über Wirtschaftsfragen (vor allem den Schuman-Plan) und Emigrationsprobleme geredet wurde, liegt auf der Hand. Weiter gespannt war das Diskussionsprogramm in der englischen Hauptstadt, wo De Gasperi und Sforza ja außergewöhnlich freundlich empfangen wurden. Im Vordergrund stand das Triestiner Problem. Die Italiener wollten vor allem verhindern, daß Tito Zugeständnisse gemacht würden, die dem Geist und Buchstaben der bekannten alliierten Erklärung vom Frühling 1948 widersprächen. Angesichts der bevorstehenden Wahlen durften De Gasperi und Sforza hier nicht von der bisher gezeigten Intransigenz abweichen, obwohl sie sicherlich bereits überzeugt sind, daß zu einem Kompromiß mit Jugoslawien Zugeständnisse von beiden Seiten nötig wären. Dann wurde natürlich über das ganze Afrika-Problem gesprochen. Ob praktisch viel erreicht wurde, ist vom Außenstehenden heute schwer abzuschätzen. Auf alle Fälle hat die Zusammenkunft dem italienischen Ehrgefühl sehr geschmeichelt, so daß daraus eine wenigstens momentane Stimmungsbesserung resultierte. Diese Entgiftung der Atmosphäre verriet besonders auch der gewechselte Ton der Zeitungen.

Aus Amerika werden vor allem die Vorschläge günstig vermerkt, die auf eine Aufhebung der italienischen Waffenstillstandsklauseln hinzielen. Praktisch hätte eine solche Maßnahme angesichts der lybischen Staatsgründung keine großen Folgen, denn Italiens schwache Finanzlage erlaubte bisher nicht einmal die Aufstellung und volle Equipierung der ihm zugestandenen zwölf Divisionen. (Die Amerikaner sind übrigens der Ansicht, daß die Italiener die Aufrüstung zu stark «con amore» betreiben, ein Vorwurf, den ihnen Hitler vor zehn Jahren auch zu machen pflegte. Wie sich die Geschichte zu wiederholen pflegt!)

Spannungsreicher war
der innenpolitische Sektor

im letzten Quartal. Viel — nach unserm Dafürhalten allzu viel — Staub aufgewirbelt hat der Austritt Cucchis und Magnanis, zweier Intellektueller aus Bologna, aus der kommunistischen Partei. Der von vielen Leuten erhoffte und erwartete Massenabfall ist bis jetzt nicht eingetreten, wenn auch damit zu rechnen ist, daß die Zahl der Linksextremisten sich im Rückgang befindet. Aber gerade die in letzter Zeit wieder recht häufigen Funde von versteckten Waffenlagern, die z. T. erst kürzlich angelegt wurden, zeigen, daß der Marxismus in Italien noch lange nicht gewillt ist, die Waffen zu strecken. Da diese Aufdeckungen zum mindesten ebenso sehr auf Denunziationen von Apostaten als auf erfolgreiche Fahndungen der Polizei zurückzuführen sind, ist ihre steigende Frequenz übrigens eher positiv als negativ zu werten, was sich gewisse verängstigte Zeitungskorrespondenten zu Gemüte führen sollten. Zwei weitaus wichtigere Ereignisse, ein vergangenes und ein zukünftiges, beherrschen die italienische Innenpolitik: wir meinen den kürzlich erfolgten Zusammenschluß der beiden rechtssozialistischen Parteien und die bevorstehenden Gemeinde- und Provinzwahlen, wobei beide in engem Kausalzusammenhang zueinander stehen.

Bisher gab es in Italien, dem Lande der individualistischen Schattierungen par excellence, drei sozialistische Parteien. Weitaus die stärkste ist der «Partito Socialista Italiano (P. S. I.)» unter Nenni, der infolge des vollständigen Abschwenkens ins Moskauer Lager eigentlich nur mehr eine Dépendance der kommunistischen Partei Togliattis ist. Diejenigen Genossen, die wirtschaftlich wohl sozialistisch, politisch aber italienisch denken und fühlen, bildeten unter der Führung Saragats den «Partito Socialista Lavoratori Italiani (P. S. L. I.)», der neben den Republikanern und (bis zum Vorjahr) Liberalen mit der Democrazia Cristiana zusammen die aus den Aprilwahlen 1948 hervorgegangene Regierungskoalition bildete. Da dieses Konnubium mit der schwarzen Mehrheitspartei vielen Sozialisten nicht in den Kram paßte, bildete sich vor ungefähr einem Jahr unter der Leitung Romitas und Silones der «Partito Socialista Unitario (P. S. U.)» (zu deutsch: Weder-Fischnoch-Vogel-Partei), der sozusagen im luftleeren Raume schwebte und bald an der roten, bald an der schwarzen Krippe nippte. Daß angesichts dieser Spaltung im nicht moskauhörigen Sozialismus jegliche Anziehungskraft auf diejenigen Teile der Arbeiterschaft fehlte, die innerlich zu einem leichten Rechtsruck bereit wären, liegt auf der Hand. Wie weit der schlaue De Gasperi an den Einigungsverhandlungen zwischen dem P. S. L. I. und P. S. U. beteiligt war, läßt sich schwer sagen. Ganz sicher konnte er sie aber nur gutheißen, selbst auf die mittlerweile zur Tatsache gewordene «Gefahr» hin, daß die rechtssozialistischen Minister aus der Regierung austreten würden; denn als der kluge Wahltaktiker, der er ist, mußte er voraussehen, daß er bei den kommenden Wahlen nicht mehr mit jenem überwältigenden Siege der Democrazia Cristiana rechnen darf, die ihm im Frühling 1948 die bis 1953 geltende absolute Mehrheit im Senat und in der Kammer sicherte. So wurde nun Anfangs April am Jahreskongreß des P. S. L. I. beschlossen, mit dem P. S. U. unter der Bezeichnung P. S. U. L. I. zu fusionieren, und mit vereinten Kräften in den Wahlkampf zu ziehen. Der rechte Flügel trat aus der Regierung aus, während die Linke die prinzipielle Opposition gegen De Gasperi abschwor und sich coram publico zum Atlantikpakt und zur Wiederaufrüstung Italiens bekannte. Ob dieses neue Gebilde die natürlich weiterbestehenden starken innern Spannungen überwinden kann, liegt im Schoße der Zukunft begraben. Wir glauben kaum, daß seine Anziehungskraft sehr groß sein wird, lassen uns aber gerne eines bessern belehren. Ob der P. S. U. L. I. nach den administrativen Wahlen wieder in die Regierung zurückkehren wird, ist heute noch eine offene Frage. Auf alle Fälle ist nun ein Sammelbecken geschaffen für jene Elemente, welche weder bei der D. C., noch bei

den Liberalen, noch bei den Republikanern Anschluß suchen würden, und diese Tatsache ist als positives Novum zu werten.

De Gasperi hat die durch die Demission der drei P. S. L. I.-Minister entstandene «crisetta» wieder einmal glänzend gemeistert. Glücklicherweise hatte er im Kabinett drei Minister ohne Portefeuille, die einspringen konnten, so daß der ganze Wechsel ohne Erschütterung ablief.

Am 27. Mai werden nun in den meisten nord- und mittelitalienischen Provinzen die sogenannten

«elezione amministrative»

stattfinden, welche vor allem die Neubestellung der Gemeinderäte bringen. Ob die mehrheitlich marxistischen «consigli comunali» der meisten oberitalienischen Städte dabei zu Fall kommen werden, wird sich zeigen.

Noch auf einem andern Gebiet hat die italienische Kompromißkunst einen Sieg davongetragen, der im Ausland viel zu wenig gewürdigt worden ist: die vor wenigen Wochen erzielte Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hinsichtlich der infolge der allgemeinen Teuerung unaufschiebbar gewordenen Lohnaufbesserung. Welcher Gegensatz zu der Streikwelle in Frankreich! Hier wurde auf Grund der gleitenden Lohnskala schmerzlos eine ca. 5prozentige Salär- und Lohnerhöhung zugestanden, die der Industrie die in Paris und andern französischen Städten zu Tage getretenen verheerenden Arbeitsausfälle ersparte. Man darf diese vernünftige Regelung füglich auch als Symptom wachsender politischer Entspannung deuten.

Über die wirtschaftlichen Aspekte

hat Anfangs April Schatzminister Pella ausführlich in der Kammer referiert. Seinem Exposé seien in Stichwortform folgende interessante Zahlen entnommen: Die Arbeitslosenzahl war 1950 4 0/0 geringer als 1949. Die Agrarproduktion ist gegenüber dem Vorjahr um 2 0/0, die Industrieproduktion aber um 12 0/0 gestiegen. Die Bevölkerung ist um 442 000 Seelen angestiegen (1200 pro Tag!). Die Staatsausgaben pro 1950 belaufen sich auf 1700 Milliarden Lire, wobei das letztjährige Defizit von 900 Milliarden auf 300 gesunken ist. Importiert wurde 1950 für 814,4 exportiert für 743 Milliarden Lire. Defizit somit nur noch 71 Milliarden gegenüber 165 im Jahre 1949.

Interessant ist die fortschreitende Beruhigung am Gold- und Devisenmarkt. Der freie Schweizerfranken, der vor drei Monaten den Kurs von 175 erreicht hat, ist mittlerweile auf 155 zurückgesunken, und liegt nur noch 9 0/0 über dem offiziellen Kurs. Lebhaft eingesetzt hat auch der Touristenverkehr. Riviera und Sizilien melden das Vorjahr weit übertreffende Besuchsziffern.

Die Teuerung konnte bis jetzt in erträglichen Grenzen gehalten werden. Durch eine liberalere Einfuhrpolitik wurden die Spekulationsmanöver weitgehend abgestoppt. Im Verein mit einer starken Belebung der Wirtschaftstätigkeit darf die allgemeine Lage als befriedigend angesprochen werden.

Peregrinus

Bericht aus Spanien

Auf außen- und innenpolitischem Gebiet hat Spanien in den letzten Monaten die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit geweckt. Die Rückkehr der Botschafter und Gesandten des Westens und der südamerikanischen Republiken ließ das Gespräch mit diesem Lande, das während fünf Jahren nach Pyramus' und Thisbes Weise nur durch Mauerlücken geführt wurde, wieder aufleben; die Unruhen in Barcelona hingegen mußten nachdenklich stimmen, da sie die schwachen Stellen Spaniens, dessen militärischer Beitrag zur Verteidigung Europas von Amerika nicht eben gering eingeschätzt wird, deutlich sichtbar werden ließen.

An der Spitze des feierlichen Zuges, der jeden neuen Botschafter zur Übergabe seiner Beglaubigungsschreiben nach dem Palacio del Oeste bringt, reiten die malerischen «Moros» Francos. Unsichtbar in ihrer Mitte aber befindet sich die makabre Gestalt des Reiters der kommunistischen Apokalypse. Ohne ihn hätten die diplomatischen Vertreter des Westens wohl kaum den Weg nach Madrid genommen und so ist er es, der in Tat und Wahrheit der neugeschlossenen Freundschaft zwischen dem Westen und Spanien Pate gestanden hat. Eine sonderbare Freundschaft — ohne Zweifel —, die bei jeder Gelegenheit erkennen läßt, auf welche Art sie zustande kam und wer sie schließen half.

Denn nur zögernd und mit deutlichen Anzeichen einer *reservatio mentalis*, die sich besonders Frankreich und England vorbehalten, hat man den Gang nach Madrid angetreten. Amerika war schneller bereit, eine Politik des Vergessens zu üben und der Ausspruch Trumans vom vergangenen Herbst, es werde noch lange Zeit vergehen, bevor ein Botschafter der Vereinigten Staaten bei Franco erscheinen werde, muß als längst verjährt angesehen werden. Immerhin behalten die Worte Achesons noch Gültigkeit, der die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen keineswegs einer Meinungsänderung des Westens gleichsetzt. In militärischen Kreisen und in den Reihen der republikanischen Opposition hingegen ist die Frage der Annehmbarkeit des Franco-Regimes angesichts wesentlich dringenderer Probleme zurückgestellt worden. Von dem Beitritt Spaniens zum Atlantikpakt verspricht man sich eine fühlbare Verstärkung des europäischen Verteidigungssystems und so ist man bereit, Vergangenes vergangen sein zu lassen.

Spanien zeigt sich aber auch dankbar und bezeichnet Amerika seit drei Monaten nur mehr als den großen und generösen Freund, wobei die Anspielung auf die Generosität ihren guten Grund hat. Tio Sam, hofft man, wird wohl seinen Beutel auch für den notleidenden spanischen Neffen über die bereits gewährten 62,5 Millionen Dollar hinaus öffnen, weshalb die gesamte Politik Spaniens, der Ton der staatlich gelenkten Presse nicht ausgeschlossen, stets von einem Seitenblick auf Washington und die amerikanische Reaktion begleitet ist. Hin und wieder kommen noch Regiefehler vor. Das Klirren zerschlagener Fensterscheiben im Lokal einer englischen Luftfahrtgesellschaft, die den allerdings wenig geschmackvollen Einfall hatte, eine Nachbildung des Gibraltarfelsens auszustellen, was den spanischen Nationalstolz treffen mußte, dürfte bis nach Amerika zu hören gewesen sein. Aber man ist dort für Zwischenlärm unempfindlicher geworden, ob er nun aus Madrid oder aus Belgrad kommt.

Frankreich und England hingegen zeigen sich wesentlich hartnäckiger. Die Beziehungen dieser Länder zu Spanien sind allerdings nicht erst seit der Machtübernahme durch Franco schlecht. Die Ablehnung des spanischen Regimes dient vielmehr zur Verdeckung längst bestehender Rivalitäten, die Jahrhunderte zurück zu verfolgen sind. England fürchtet für das europäische Gleichgewicht, wenn Spanien seinen Einzug in Europa feiern sollte, und Frankreich sieht seit je in Spanien mehr den Konkurrenten als den Nachbarn. Am meisten aber befürchtet man für sich selbst eine Kürzung der amerikanischen Hilfe, wenn Spanien mit eingeschlossen

wird. Auch verfolgt man besorgt die strategischen Pläne Amerikas im Zusammenhang mit Spanien. Selbst de Gaulle, der die Verbesserung der Beziehungen zum südlichen Nachbarn stets befürwortet hat, sieht in einer Strategie, die sich vornehmlich auf die Pyrenäenhalbinsel stützen würde, eine Opferung des europäischen Vorfelds.

Selbstredend bleibt Spanien die Antwort nicht schuldig. Die Pressepolemiken sind zu einer dauernden Einrichtung geworden, nationale Prestigefragen werden in den Vordergrund geschoben und die unleugbaren Schwächen der beiden Demokratien propagandistisch ausgenützt. Immer mit der Blickrichtung auf Amerika stellt man den Westen als dekadent und dem Zerfall nahe dar, eine leichte Beute für den kommunistischen Angreifer. Spanien allein sei die wahre «dritte Kraft» in Europa, das letzte Refugium der europäischen Zivilisation und der kompromißlosen Bereitschaft, den Kommunismus zu schlagen, wo man ihn treffe.

Dabei ist es mehr als zweifelhaft, ob Spanien tatsächlich bereit wäre, sich der westlichen Politik weiter zu nähern, als es ihm selbst vorteilhaft erscheint. Auf die ersten Andeutungen aus Amerika, daß der Beitritt zum Atlantikpakt und sogar die Aufnahme in die UNO erwünscht wären, erfolgte sogleich die klare Antwort Francos, der den Atlantikpakt als ein nutzloses Mittel zur Verteidigung des Westens bezeichnete. Hingegen würde sich Spanien zu einem direkten Bündnis mit Amerika bereit finden, um solchermaßen zur Sicherung des Friedens seinen Beitrag zu leisten. Damit wird aber ersichtlich, daß Spanien seine isolierte Haltung beizubehalten wünscht und den höchsten Preis für die geringste Gegenleistung zu erzielen versucht. Ein Bündnis mit Amerika würde den Zufluß amerikanischer Hilfe in bedeutendem Maße verstärken. Diese dringend benötigte Hilfe wäre mit einem Paktabschluß nicht zu teuer erkaufte, zumal noch immer die Möglichkeit besteht, dem Erfüllungsfall eine dehnbare Ausdeutungsmöglichkeit zu geben. Es ist jedoch nicht unwahrscheinlich, daß man in Spanien selbst dem Zustandekommen eines Hilfsvertrages mit Amerika nur geringe Aussichten zumißt, da mit Widerständen der übrigen Alliierten zu rechnen ist. Spanien würde in diesem Fall die Weigerung Amerikas gewiß propagandistisch auswerten, aber sie keineswegs als Unglück betrachten, da sie das Hauptziel der spanischen Politik, die Neutralität, wenn auch unter Opfern, erreichen ließe. Dieselben Methoden wie heute wurden während des Krieges Deutschland gegenüber angewandt, so daß allein schon die Erinnerung an jene Epoche der spanischen Außenpolitik zur Vorsicht mahnt.

Keineswegs aber wird man bereits jetzt sich in Madrid des Vorteils begeben, umworbenes Objekt der amerikanischen Allianzpolitik zu sein. Daher wird die Wichtigkeit des spanischen Beitrags mit aller Deutlichkeit unterstrichen und nur dann der vorsichtige Rückzug angetreten, wenn eine Entscheidung näher rückt, jedoch ohne sich die Dollarhilfe zu verscherzen. Ohne sie wird tatsächlich die permanente Wirtschaftskrise sich nicht bekämpfen lassen und die Modernisierung der Armee undurchführbar sein. Denn so hoch der strategische Wert der spanischen Position einzuschätzen ist, so gering ist die Bedeutung der spanischen Armee mit ihren veralteten Beständen, die teils aus der Bürgerkriegszeit, teils aus dem zweiten Weltkrieg stammen. Dazu kommt noch, daß Waffen und Maschinen verschiedenartigster Herkunft sind und russische Flugzeuge neben deutschen und italienischen, französische Gewehre neben englischen Geschützen in Verwendung stehen. Es ist daher für Spanien wichtig, sich amerikanische Hilfe, nicht zuletzt für die Armee, zu verschaffen; ebenso wichtig aber erscheint die Distanzierung von der konfliktreichen westlichen Politik, — eine schwierige Aufgabe, die sich in den zahlreichen Widersprüchen der offiziellen Erklärungen widerspiegelt.

Aber noch ein weiterer Punkt läßt die spanische Mitwirkung im westlichen Verteidigungssystem mit Vorsicht einschätzen. Die wirtschaftlichen und sozialen Zustände in Spanien geben zu ernster Besorgnis Anlaß und allein die Tatsache, daß es in einem autoritären Staat zu einem Streikversuch und mehrere Tage dau-

ernen Straßenkrawallen kommen konnte, zeigt die Schwächen der spanischen Stellung. Nichts wäre freilich verfehlter, als in den Vorfällen von Barcelona und Madrid eine Gefährdung der Regierung selbst zu erblicken. Eine organisierte oder gar bewaffnete Widerstandsbewegung in Spanien ist ein reines Phantasieprodukt der kommunistischen Propaganda, zumal ein Aufstand gegen den mit allen Machtmitteln ausgerüsteten Staat von Anbeginn an zum Scheitern verurteilt wäre. Der Streik in Barcelona hatte keinen politischen Hintergrund, wenn er auch zum *politicum* gestempelt wurde. Er ist vielmehr als das einzige Protestmittel von Menschen anzusehen, die ihre wirtschaftliche Lage als ausweglos ansahen und lieber die Gefahren eines Zusammenstoßes mit dem allmächtigen Staat auf sich nahmen, als weiter die Folgen von Teuerung und Inflation zu ertragen. Auch war es nicht die Arbeiterschaft allein, die den Streik auslöste. Da in den staatlichen Gewerkschaften Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammengeschlossen sind, konnte sich leicht das Einverständnis zwischen beiden Teilen herstellen. Denn sind die Arbeiter nicht mehr in der Lage, mit ihren Gehältern der Teuerung zu begegnen, da jeder Lohnzuschuß sofort durch weitere Preiserhöhungen illusorisch gemacht wird, so befinden sich die kleinen und mittleren Unternehmer in einer analogen Situation, da sie unter den teureren Preisen der Rohstoffe, den ständig wachsenden Lasten und den beengenden staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft zu leiden haben. So sahen die Arbeitgeber an sich den Streik nicht ungern ausbrechen, wußten allerdings sofort darauf von der staatlichen Erlaubnis, die Streikenden zu entlassen, Gebrauch zu machen. Da Arbeiterentlassungen in Spanien gesetzlich verboten sind und Fabriken auch bei rückläufiger Produktion oder bei den in Spanien häufigen Strombeschränkungen, die manche Unternehmen zu mehrtägigen Arbeitseinstellungen in der Woche zwingen, ihre gesamte Arbeiterschaft beibehalten und bezahlen müssen, wurde die Gelegenheit benützt, zu diesem Mittel der teilweisen Entlastung zu greifen.

Barcelona war aber nur der sichtbare Ausdruck der im ganzen Lande herrschenden Verhältnisse. Auch in anderen spanischen Städten kam es zu Streik- und Demonstrationsversuchen, die freilich schnell unterdrückt werden konnten, da nur in Barcelona die revolutionäre und anarchistische Tradition der Katalanen die Demonstranten zu einigen und anzueifern vermochte. Unter solchen Umständen wird jedoch der spanische Beitrag zur europäischen Verteidigung eine weitere Abwertung erfahren. Wirtschaftliche und soziale Zustände, die selbst in einem autoritär regierten Staat zu Ausschreitungen führen, müssen die nachteiligsten Folgen für die militärische Schlagkraft des Landes mit sich bringen. Wenn auch dafür gesorgt wurde, daß sich ähnliche Vorfälle nicht so bald wiederholen werden, wenn mehrere hohe Beamte über Nacht in den Ruhestand versetzt, unzuverlässig erscheinende Polizeitruppen ausgewechselt, neue, für ihre Energie bekannte Männer auf leitende Posten berufen wurden, so können doch damit nur die Unruhen selbst, nicht aber ihre Ursachen beseitigt werden.

Es erweist sich also, daß Spanien großzügige Hilfe nötig hat, bevor es selbst als Hilfsfaktor in Erscheinung treten kann. Aber wenn es bereits fraglich ist, ob die benötigte Hilfe bereitgestellt werden könnte, so ist es noch mehr zweifelhaft, ob Spanien sie entgegennehmen wird, falls sie mit einer Aufgabe seiner Neutralität verbunden wäre. Denn mehr noch als die wirtschaftlichen Verhältnisse müßte ein vermehrter Kontakt mit dem Westen und gar eine Verwicklung in einen kriegesischen Konflikt die spanische Regierung gefährden, wozu sich noch die traditionelle spanische Abneigung gegen den Westen und das Mißtrauen gegenüber allem Nichtspanischen gesellt. Es wird für beide Teile — für den Westen und seinen amerikanischen Alliierten wie auch für Spanien — schwierig sein, sich wirklich näher zu kommen. Die Unterschiede in Voraussetzungen und Zielgebung sind zu groß, als daß beide Lager wirklich zueinander finden könnten.

Gustav Herrmann

Bericht aus Westdeutschland

Bundeskanzler Adenauer

ist es in letzter Stunde gelungen, das umstrittene Mitbestimmungsrecht unter Dach zu bringen. Zu diesem Zweck mußte er eine temporäre Koalition mit der sozialdemokratischen Oppositionspartei eingehen, da die beiden Koalitionspartner in der Regierung, die Freien Demokraten und die Deutsche Partei, ihm die Gefolgschaft versagten. Er mußte diese Ad hoc-Koalition mit der Sozialdemokratie eingehen, deren Führer Dr. Schumacher zur selben Stunde zur Mobilmachung der Massen gegen den Schumanplan aufrief und sich zu der ungeheuerlichen Anklage verstieg, die Unterschrift komme einer zweiten Kapitulation gleich. In denselben Tagen brachte Adenauer auch noch das Kunststück fertig, zur Lösung der wirtschaftspolitischen Krise die Industrie und die Gewerkschaften, den Finanzminister und den Wirtschaftsminister immerhin so weit miteinander auszusöhnen, daß ein klarer wirtschaftspolitischer Kurs möglich scheint. Schließlich hat er noch die berühmten 131er durch das Gesetz befriedigt, das den vertriebenen Beamten und den ehemaligen Berufssoldaten ihre Pensionen in Gleichberechtigung mit allen andern Staatsdienern sichert. Die Ansprüche, die bei allen solchen Gelegenheiten schon rein an die Arbeitszeit Adenauers gestellt werden, sind kaum vorstellbar. Tatsache ist, daß in allen schwierigen deutschen Fragen immer nur ihm allein der Ausgleich gelingt, und gewöhnlich immer erst dann, wenn alle andern sich festgebissen oder festgefahren haben.

Der Schumanplan

ist für Adenauer die unerläßliche Vorstufe auf dem Wege zum Vereinigten Europa. Die einzige Idee, die nach 1945 in Deutschland wirklich zündete, ist die europäische Idee gewesen. Auch die heutigen Gegner des Schumanplans betonen laut, daß sie für den Westen optiert haben, aber sie behaupten, daß von Deutschland eine zu große Vorleistung gefordert werde, daß der von Deutschland geforderte wirtschaftliche Preis zu hoch und der Bundeskanzler nicht der beste Geschäftsmann sei, weil seine Kontrahenten seine Begeisterung für Europa gleich mit in Rechnung stellten. Die oft aufgezählten Fehler der Westmächte in der Behandlung Deutschlands haben in manchen Kreisen eine Stimmung des Ressentiments geschaffen und es ist wohl das bedeutendste Zeichen für den Rang Adenauers als Staatsmann, daß er auf dieses populäre Ressentiment keine Rücksicht nimmt. Er weiß, daß er dadurch der Opposition von links und rechts das Spiel erleichtert; aber er ist von der Richtigkeit seines Weges überzeugt, und mit einer gewissen Sturheit auch davon, daß seine Gegner dies eines Tages einssehen und, wenn sie an die Regierung kommen sollten, auch nicht anders handeln werden. Adenauer hat es fertig gebracht, daß die peinliche Saarfrage nicht unmittelbar vor seiner Abreise offiziell störend in die Debatte geworfen wurde. Hoffentlich begreifen die Franzosen, welche politischen Verpflichtungen und auch Dankesverpflichtungen sie gegenüber Dr. Adenauer haben, dessen Mut ihre Zeitungen loben. Die Chance Europas hängt davon ab, daß man Adenauer nicht eines Tages das Schicksal Stresemanns bereitet.

Denn die hochgehenden Wogen der Enttäuschung haben bereits zu einem

Auftakt in Niedersachsen

geführt, dessen weitere Entwicklung aufmerksam beobachtet werden muß. In einer Wahlversammlung in Soltau wurde der Präsident des Bundestages, Oberkirchenrat Ehlers, niedergeschrien, als er dagegen protestierte, daß die Bundesfahne als eine Fahne der Kriecherei vor dem Ausland beschimpft wurde. Ehlers mußte polizei-

lichen Schutz anrufen, um den Saal verlassen zu können. Der Held vieler Versammlungen ist jener Remer, der für seinen Anteil an der Niederschlagung des 20. Juli vom Major zum Generalmajor befördert worden war. Gegen ihn hat der Staatsanwalt ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wegen der folgenden Äußerung, die wohl noch vor Jahresfrist in Deutschland unmöglich gewesen wäre:

«Wenn man aus dem gegen frühere Offiziere erhobenen Vorwurf, sie hätten Hitler nicht rechtzeitig beseitigt, die Konsequenzen zieht, dann muß man jetzt nach Bonn, um seine Pflicht zu tun».

Manche Erscheinungen des Wahlkampfes in Niedersachsen werden von rechtsradikalen Agitatoren schon mit den Lippe'schen Wahlen verglichen, die der Machtergreifung Hitlers vorausgingen. Nun glauben wir nicht, daß der deutschen Bundesrepublik eine ernsthafte rechtsradikale Gefahr droht, aber es darf nicht übersehen werden, daß breite Massen in Deutschland sich ihr heutiges politisches Urteil gegenüber der Demokratie von Bonn aus Enttäuschungen heraus bilden.

Es werden von zu vielen Seiten und Gruppen finanzielle Ansprüche an den Bund und Ansprüche an die Lebenshaltung gestellt, die nicht erfüllt werden können.

Die Devisenknappheit

und der Einfuhrstop haben nicht genügt, bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Möglichkeiten realpolitische Maßstäbe anzulegen. Wenn jede Preissteigerung durch eine Lohnerhöhung ausgeglichen wird, dann kann die Abschöpfung der Kaufkraft nicht gelingen, die nun einmal unbedingt erforderlich ist. Es ist allerdings schwierig, die breiten Massen hiervon zu überzeugen, wenn in jeder amerikanischen Erklärung über den Marshallplan immer noch die Hebung des Lebensstandards in den Vordergrund gestellt wird. Wir sind in Deutschland noch nicht so weit wie die Engländer, und haben freilich die Austerität an sich auch niemals für ein erstrebenswertes Idealziel gehalten. Der hohe deutsche Konsum ist allen europäischen Ländern zugute gekommen, die nun heute den Ausfall der deutschen Kundschaft beklagen. Es ist falsch, wenn uns gesagt wird, wir hätten zu viel gegessen. Nach den Jahren des Mangels war es sicherlich

die beste Kapitalinvestierung,

die menschliche Gesundheit wieder herzustellen und die Arbeitskraft zu heben. Wir können das nicht bedauern, und müssen Erhard dafür dankbar sein, daß er unserem Volk diese Chance gab. Es spricht nicht gegen seine liberale Politik, wenn nun durch die Weltrüstungskonjunktur dieser erste Abschnitt der Investierung im Menschen zu Ende ging. Hand in Hand damit war natürlich die Investierung in der Konsumgüter-Industrie gegangen. Neben der Abschöpfung der Kaufkraft gibt es jetzt wirtschaftspolitisch nur eine einzige andere Forderung von wesentlicher Bedeutung, nämlich die Investierung in unsern Grundindustrien. Dieses Programm wird von allen bejaht, auch von den Gewerkschaften, aber es ist natürlich ausgeschlossen, nur durch den Abbau von Luxuskonsum die erforderlichen Riesenbeträge aufzubringen. Die neuen Sonder-Umsatzsteuern werden daher praktisch alle Waren außer den Lebensmitteln verteuern. Bei dieser komplizierten Lage, die sich natürlich auch auf die große Politik auswirkt, mußte die Bundesregierung — eigentlich gegen bessere Erkenntnis — die Subventionierung der Lebensmittel fortsetzen. So bleibt Deutschland wohl das einzige Land, das Subventionen nicht für, sondern gegen die Landwirtschaft zahlt, indem es die Weltmarktpreise von importierten Nahrungsmitteln auf die niedrig gehaltenen Inlandspreise herabdrückt. Man muß zugeben, daß dies der einzige Weg war, um eine Zunahme unerwünschter politischer Spannungen zu verhindern.

Karl Siler

Bericht aus London

Wenige Wochen nachdem er, von Krankheit geschwächt, dem bürdenreichen Amt des Auswärtigen Ministers entsagt hatte, ist

Ernest Bevin

am 14. April plötzlich seinem Leiden erlegen. Sein Tod erregt nicht nur menschlich allgemeines Mitgefühl und vermehrt die Hochachtung für den harten Kampf, den er so tapfer gegen schwere Krankheit geführt hat. Er gibt auch Anlaß, das Urteil über seine außenpolitische Wirksamkeit auf seine ersten Amtsjahre zu konzentrieren, in denen er noch im Vollbesitz seiner körperlichen Kräfte war. Es soll ihm nicht vergessen werden, daß er unter den Ersten war, welche die aus dem Osten der Freiheit drohende Gefahr erkannte, und daß er ihr mit der ganzen unbeugsamen Hartnäckigkeit entgegentrat, die ihn — im Guten und im Bösen — auszeichnete. Dieses Verdienst ist um so mehr hervorzuheben, als seine Partei noch vor wenigen Jahren in einer außenpolitischen Phantasiewelt lebte — stimmte sie doch noch 1939 gegen die allgemeine Wehrpflicht — und ihren Wahlsieg von 1945 zum Teil der Illusion verdankte, daß eine sozialistische Regierung es leicht haben werde, sich mit den Sowjets zu verständigen. Es ist vielleicht die Kehrseite seiner Vorzüge, daß die vorausschauende Phantasie in ihm schwach entwickelt war, und man wird es auf die Abnahme seiner Kräfte zurückführen dürfen, daß dieser Fehler in den letzten Jahren, z. B. gegenüber dem Schuman-Plan, stärker in Erscheinung trat. Persönlich kann man nur mit der höchsten Achtung von einem Manne reden, der sich aus den kleinsten Anfängen und unter den herbsten Schwierigkeiten so hoch emporgearbeitet hat und sich dabei in seinem Wesen immer treu geblieben ist.

Bevins Ausscheiden aus dem Auswärtigen Amt war nicht die einzige Veränderung auf der Ministerbank, die zwischen dem Budgettag von 1950 und dem diesjährigen in Erscheinung trat. Diesmal fehlte der Premierminister Attlee, den Krankheit für mehrere Wochen ins Spital gebannt hat. Es fehlte der frühere Schatzkanzler Sir Stafford Cripps, der durch schwere Krankheit völlig aus dem öffentlichen Leben vertrieben worden ist. Es fehlte auch der jetzige Arbeitsminister Aneurin Bevan; aber sein Fehlen hatte andere Gründe, die erst während der Budgetrede des neuen Schatzkanzlers Gaitskell offenbar wurden.

Sir Stafford Cripps war kein volkstümlicher Staatsmann gewesen; ihm fehlten fast alle Eigenschaften, die einem Politiker das Herz breiter Volksmassen gewinnen. Aber er imponierte auch seinen politischen Gegnern durch seine hohe Intelligenz und seine rücksichtslose Energie; dadurch hat er sein Ansehen so fest gegründet, daß es nicht einmal durch die verblüffende Geschwindigkeit, mit der er sich zu der von ihm vorher aufs entschiedenste und wiederholt verdammt Pfundentwertung bekannt hat, völlig erschüttert werden konnte. Der Nachfolger eines solchen Mannes zu werden, war gewiß schwer, und die Schwierigkeiten wurden noch sehr erheblich vergrößert durch die neue Aufgabe, vor die ihn die Ereignisse von 1950 gestellt haben, die Wiederaufrüstung Großbritanniens zu finanzieren. Es war jedenfalls ein Zeichen von Mut und Selbstvertrauen, daß Hugh Gaitskell diese Nachfolge antrat, obwohl er erst fünf Jahre im Parlament gesessen hat und in dem für ein so hohes und verantwortungsreiches Amt noch recht jugendlichen Alter von 44 Jahren stand. Aber er hatte sich bereits in verschiedenen Ministerien mit wirtschaftlichen Aufgaben beschäftigt und Cripps als Mitarbeiter besonders nahe gestanden. Auch dieser Sozialist stammt aus bürgerlichen Kreisen und hat seine Erziehung auf einer der angesehensten public schools und auf der Universität Oxford erhalten.

Wenn man der ersten Budgetrede des neuen Mannes allseits mit einiger Spannung entgegenschau, so kann man jetzt feststellen, daß sie sein Ansehen auf allen

Seiten erhöht hat. Der erste, dies auszusprechen, war Churchill, und sein Lob erfreut auch das Herz eines Labourministers mehr als der Beifall seiner eigenen Anhänger. Eines kann man jedenfalls zum Lob von

Gaitskells erstem Budget

sagen: es ist nicht demagogisch. Er hat die Erhöhung der Einkommensteuer um 6 pence auf das Pfund, d. h. um 2,5 %, gleichmäßig auf alle Steuerstufen gelegt, während Cripps in seinem letzten Budget der Versuchung nicht widerstehen konnte, den unteren Steuerklassen eine besondere Begünstigung zukommen zu lassen, die mehr nach Wahl- als Finanzpolitik aussah. Gaitskell hat aber auch weiter gezeigt, daß er genug Mut besitzt, um einem in der Partei so mächtigen und angesehenen Kollegen wie Aneurin Bevan zu trotzen. Sein Vorschlag, zu den Kosten gewisser Leistungen des Health Service, wie künstlicher Gebisse und Brillen, auch den Patienten heranzuziehen, ist finanzpolitisch nicht allzu bedeutend; er verspricht sich von ihm eine Ersparnis von 13 Millionen in diesem Jahr und von 25 Millionen in einem vollen Jahr. Das Wichtige ist sein Entschluß, der wachsenden Belastung der Staatsfinanzen durch die immer weiter steigenden Kosten des Health Service endlich einmal Halt zu gebieten, auch wenn dadurch der Grundsatz seiner unbedingten Unentgeltlichkeit durchbrochen wird.

Aber wenn Gaitskell auch an dieser Stelle den Versuch macht, ein weiteres Anschwellen der sozialen Lasten zu verhindern, so ist doch in seinem Budget keine Rede von einer ernstlichen Herabsetzung der staatlichen Ausgaben. Vielmehr will er das Kunststück fertig bringen, die neuen Lasten des Verteidigungsprogramms der Bevölkerung zusätzlich zu den alten Lasten aufzubürden. Wenn er zu diesem Zweck u. a. die ausgeschütteten Gewinne der Aktiengesellschaften mit einer erhöhten Steuer belegt, so folgt er nur der sozialistischen Doktrin, die im Profit der Sünden größte sieht. Hierbei ist er aber so radikal vorgegangen, daß der Aktionär, wenn er seine persönliche Einkommensteuer zu der Profitsteuer der Aktiengesellschaft hinzurechnet, nicht mehr als 25—30 % des auf eine Aktie entfallenden Profits der Gesellschaft in seine Tasche stecken kann. Die vorherrschende Ansicht der Nationalökonomien ist, daß diese erhöhte Abgabe die Zukunft der englischen Wirtschaft aufs schwerste bedroht. Die Aktionäre selbst aber scheinen diese Ansicht vorerst nicht zu teilen; denn die Börse begrüßte das Budget mit einer ausgesprochenen Hausse. Offenbar hatte man noch Schlimmeres erwartet. Oder handelt es sich hier um eine «Flucht in die Sachwerte», wie sie für die deutsche Inflation fezeichnend war?

Die Hauptfrage bleibt natürlich: wie lange kann England diese

doppelte Last des sozialen Wohlfahrtsstaates und der Aufrüstung

tragen? Dabei steht außer Zweifel, daß die Mehrkosten der Aufrüstung, die diesmal nur mit £ 160 Millionen eingesetzt sind, mindestens in den nächsten beiden Jahren weiter steigen müssen. Der größte Teil der Verbrauchssteuern ist bereits so hoch geschraubt, daß eine weitere Erhöhung einen Rückgang des Verbrauchs zur Folge haben müßte. Ein «normaler» Einkommensteuersatz von sh. 9,6 auf das Pfund, d. h. von 47,5 %, ist in einer Zeit, die weder im Zeichen des Kriegs noch der wirtschaftlichen Krisis steht, vom finanzpolitischen Standpunkt alles andere als «normal». Dabei spürt jeder, daß zu der Last der Steuern noch die weitere der stets steigenden Teuerung tritt. Ein kleines Beispiel bieten die amtlichen Vorschläge für die Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise, die wenige Tage nach dem Budget bekanntgegeben wurden. In ihrer Begründung veranschlagt die zuständige Kommission die Erhöhung der Kosten während des letzten Jahres auf 40 Millionen jährlich, wovon auf Lohn-erhöhungen allein 25 Millionen entfallen. Natürlich wird die Verteuerung des

Wegs zur Arbeitsstätte zu neuen Lohnforderungen führen, da die Gewerkschaften auf dem Standpunkt stehen, daß keine Veränderung im Wirtschaftsleben die Lebenshaltung ihrer Mitglieder herabdrücken, noch ihre Arbeitsstunden heraufschrauben darf. Die Regierung ihrerseits verzichtet jetzt selbst auf die schwachen Versuche, die sie früher gemacht hat, weiteren Lohnsteigerungen entgegenzutreten. Das alles bedeutet selbstverständlich, daß die Last der Teuerung um so ausschließlicher und vollständiger von denjenigen getragen werden muß, die auf ziffernmäßig fixierte Einkommen angewiesen sind oder aus anderen Gründen keinen wirtschaftlichen Druck ausüben können. Eine bezeichnende Illustration ist die Diskussion über Autoren-honorare, die sich jetzt in den Zeitungen abspielt. Die Drucker haben ihre Löhne gesteigert und sich außerdem eine automatische Lebenshaltungsklausel gesichert. Das gleiche gilt von den Buchbindern; und die Papierpreise sind ständig und beträchtlich gestiegen. Das alles hat die Kosten der Buchherstellung stark erhöht, so daß die Bücherpreise prohibitiv zu wirken drohen. Wie kann dieser Gefahr vorgebeugt werden? Ganz einfach — erwidern einige Verleger — durch Herabsetzung des Honorars des Autors! Von allen an der Produktion eines Buches beteiligten Faktoren ist er vielleicht nicht der unwichtigste, aber sicherlich der wirtschaftlich schwächste.

Ob der neue Außenminister Herbert Morrison,

der an Bevins Stelle getreten ist, seiner schweren Aufgabe gewachsen ist, muß sich erst zeigen. An taktischer Geschicklichkeit dürfte er seinem Vorgänger überlegen sein, aber diese ist für den Leiter der Außenpolitik eines großen Reiches nur dann ein Vorzug, wenn sie sich mit beharrlichem Festhalten am endgültigen Ziel paart. Sonst ist er in Gefahr, zum «homme des expédients» herabzusinken, wie es z. B. dem deutschen Reichskanzler Fürst Bülow beschieden war. Der war gewiß ein sehr geschickter Taktiker, aber was bei seiner Außenpolitik herausgekommen ist, lehrt die Geschichte. Es wäre Unrecht, wollte man Morrison schon heute in diese Kategorie einordnen. Aber z. B. eine Rede, die er kürzlich in einer Parteiversammlung hielt, zeigt mehr rosenroten Optimismus als die wirkliche Lage rechtfertigt. Er wird zunächst in Persien und gegenüber Ägypten zu zeigen haben, daß es ihm im Notfall auch an der nötigen Entschlossenheit nicht fehlt. Im Vordergrund aber steht auch für das englische Bewußtsein der koreanische Krieg. Natürlich hat auch hier die Entlassung des Generals MacArthur durch Präsident Truman eine ungeheure Sensation hervorgerufen. So falsch offenbar die Beschuldigung einiger aufgeregter amerikanischer Politiker ist, daß Truman dabei unter englischem Einfluß oder gar Druck gehandelt habe, so kann man doch andererseits sagen, daß in der grundsätzlichen Frage der Unterordnung des Militärs unter die politische Obrigkeit die englische öffentliche Meinung ohne Unterschied der Partei auf der Seite des Präsidenten steht. Nichts widerspricht der englischen Auffassung so sehr wie eine Generalsdiktatur nach dem Muster Ludendorff. Aber während einige Wortführer der Labourpartei anzunehmen scheinen, daß mit der Verabschiedung MacArthurs das Problem im wesentlichen gelöst sei, betont man auf anderer Seite entschieden, daß nun diejenigen, welche die Verantwortung tragen, um so mehr verpflichtet sind, ein brauchbares Programm für die Durchführung und Beendigung des Krieges vorzulegen. Dazu gehört eine schnelle Verständigung zwischen den Leitern der amerikanischen und der englischen Politik. Hier wird Morrison zeigen können, ob er ein konstruktiver Staatsmann ist.

Erich Eyck

Bericht aus Washington

Die Möglichkeiten einer Krise lagen schon seit einigen Monaten vor. Während der ganzen Besetzung Japans und besonders seit dem Ausbruch des koreanischen Krieges hat

General MacArthur

eine Unabhängigkeit an den Tag gelegt, die über das hinausging, was sich für einen militärischen Führer schickt. Sein Lebens- und auch sein Dienstalder machten es für die jüngeren Männer in Washington, sogar für jene, welche die Leitung der japanischen Besetzung und des Krieges in Korea in den Händen haben, schwierig, ihren Willen in Tokio durchzusetzen. Der wichtigste Punkt jedoch war, daß sich der General seit dem letzten Herbst in einer Reihe von Vorfällen gestattete, an der von der Regierung der Vereinigten Staaten und von der UNO festgelegten Politik scharfe Kritik zu üben.

Worin liegt die magische Macht, die MacArthur über das Volk der Vereinigten Staaten ausüben soll und die ihn so lange davor beschützt hat, die disziplinarischen Folgen seines Verhaltens zu erleben, die jeder andere Offizier im gleichen Falle sogleich erfahren hätte? Der General hat eine lange und glorreiche Laufbahn in der amerikanischen Armee hinter sich. Er lebte vor dem Überfall auf Pearl Harbour seit einiger Zeit im Ruhestand. Im Jahre 1941 wurde er wieder zum Dienst aufgeboten und als Führer der vom Unglück verfolgten amerikanischen und Eingeborenenstreitkräfte auf den Philippinen wurde er der erste große amerikanische Held des zweiten Weltkrieges, der «Held von Bataan». Die Leitung des Feldzuges im pazifischen Ozean, bei welchem die Streitkräfte von einer Insel zur andern verschoben werden mußten, zeigte seine Größe als militärischer Führer. Diese Leistung machte ihn beim amerikanischen Volke noch beliebter. Schließlich hat er es immer ausgezeichnet verstanden, sich sowohl durch seine persönlichen Handlungen als auch durch das geschriebene Wort als dramatischen Helden feiern zu lassen.

MacArthur hat in der Politik eine Rolle spielen wollen und ließ es im Jahre 1948 zu, daß sein Name bei den Vorwahlen zur Präsidentenwahl auf die Kandidatenliste gesetzt wurde. Er erlitt aber eine Niederlage und sein politischer Ehrgeiz führte zu nichts; dagegen stand es nun fest, daß er Beziehungen hatte zu einer Gruppe der Republikanischen Partei. Auf der anderen Seite gebrauchen einige republikanische Politiker offenbar absichtlich den Namen des Generals, um Präsident Truman in Verlegenheit zu bringen und die Pläne anderer Politiker ihrer eigenen Partei zu durchkreuzen, die es gerne sehen würden, daß General Eisenhower sich als Präsidentschaftskandidat aufstellen ließe. Dies ist ein gefährliches politisches Spiel, besonders in unserer kritischen Zeit, aber es wird nun einmal gespielt, und der kluge Beobachter wird sich an diese Tatsache erinnern.

Die Hauptpunkte, die bei der Entlassung MacArthurs von Bedeutung waren, sind einfach und klar, und wenn es der Regierung irgendwie gelingt, ihre Argumente so unanfechtbar erscheinen zu lassen, wie sie Ihrem Korrespondenten erscheinen, dann kann nicht bezweifelt werden, daß die öffentliche Meinung in ihrer überwiegenden Mehrheit die politische Klugheit und den Mut des Präsidenten billigen wird. Diese Hauptpunkte sind die folgenden:

1. Unterordnung der militärischen unter die zivile Gewalt. Das gehört zu den Grundprinzipien der republikanischen Regierungsform und der Verfassung der Vereinigten Staaten. Dieses Prinzip hat MacArthur offensichtlich verletzt.

2. Die Politik, die MacArthur im Fernen Osten zu treiben beabsichtigte, würde eher Krieg bedeuten, und nicht die Kriegsgefahr vermindern, wie seine Verteidiger im Kongreß heftig bestrebt sind, das amerikanische Volk glauben zu machen. Der General befürwortete die Konzentration der amerikanischen Kräfte auf Asien, wenn

nötig auf Kosten Europas — dies wäre zweifellos auch nötig. Sein Wunsch, nationalistische chinesische Streitkräfte auf dem asiatischen Festland einzusetzen, seine Forderung, die militärischen Operationen in voller Freiheit erweitern zu dürfen und seine Bereitschaft, eine umfassende russische Intervention zu riskieren, würden wahrscheinlich in nicht allzu ferner Zukunft den Ausbruch des dritten Weltkriegs zur Folge haben. Trumans Politik aber zielt darauf ab, den Krieg so gut wie möglich einzuschränken und sich mit aller Kraft dafür einzusetzen, daß ein Atomkrieg, der die ganze Welt mit sich reißen würde, nach Möglichkeit vermieden wird. Es kann deshalb heute nicht mehr bestritten werden, daß die Republikanische Partei in Washington eine Kriegspartei ist. Es ist aber seltsam, daß die Führer dieser Partei nicht verstehen wollen, daß dem so ist. Als zweiten Hauptpunkt erwähnen wir folgendes Argument: Sollen die Vereinigten Staaten das Schicksal im Fernen Osten herausfordern, indem sie eine Ausweitung der Feindseligkeiten provozieren, oder sollen sie, im Einklang mit ihren Verbündeten in Westeuropa und im Mittleren Osten, sich bemühen, möglichst stark zu werden, um auf diese Art den Frieden zu erhalten?

Es ist noch zu früh, die

Auswirkungen der Entlassung

MacArthurs voll und ganz zu erfassen. Dagegen ist es möglich, die Lage innerhalb eines engeren Rahmens zu beurteilen:

Erstens wird der Krieg in Korea mit großer Kraftanstrengung weitergeführt werden, wobei als unmittelbares Ziel immer noch die Beilegung des Konflikts auf diplomatischem Weg angestrebt wird. Man darf in diesen Tagen eine heftige feindliche Gegenoffensive erwarten und man hofft in Washington, daß diese Gegenoffensive mit so großen Verlusten für die Kommunisten abgewehrt werden kann, daß der Feind einsehen muß, es lohne sich für ihn, den Konflikt auf diplomatischem Wege beizulegen. Es ist jedoch auch möglich, daß die Nachrichten aus Korea schlechter werden, denn die Besserung der Lage in den vergangenen Wochen ist in der Presse etwas übertrieben worden, und wenn die 700 000 chinesischen und nordkoreanischen Kommunisten, die jetzt in Nordkorea zusammengezogen werden sollen, schließlich ihre Offensive auslösen, muß man mit einem gewaltigen Schlag rechnen.

Die Truppen der Vereinten Nationen werden auch weiterhin unter tüchtigen Kommandanten kämpfen. General Ridgway hat in mancher Beziehung in Korea schon seit Monaten ziemlich freie Hand gehabt. Als neuem Oberbefehlshaber darf man von ihm strikte Befolgung der Beschlüsse des Oberkommandos in Washington und der Direktiven der UNO erwarten. General Van Fleet, der Ridgways Nachfolge als aktiver Kommandant im Feld angetreten hat, versteht sich ausgezeichnet auf den Gebirgskrieg. Er war der erfolgreiche militärische Berater in Griechenland.

Zweitens wird die Besetzung Japans unverändert weitergeführt werden. Dagegen werden die Bemühungen, die auf einen Friedensvertrag hinzielen, mit noch größerem Eifer fortgesetzt. Washington hofft, daß bis Mitte des nächsten Sommers von den Verhandlungen zur Tat geschritten werden kann. Inzwischen ist es nicht ausgeschlossen, daß die Japaner, die durch MacArthurs plötzliche Abreise peinlich überrascht wurden, eine nützliche Lehre aus diesem Ereignis ziehen. Wenn sie nämlich begreifen, daß die Unterordnung der militärischen unter die zivile Gewalt ein Grundsatz des demokratischen Regierungssystems ist, dann ist wenigstens eines der Ziele der Besetzung erreicht worden.

Drittens sollte eine Besserung in den anglo-amerikanischen Beziehungen eintreten. Die Differenzen in der Fernostpolitik haben in der letzten Zeit zu gewissen Spannungen in den Beziehungen beider Länder geführt. Auch die anderen Mit-

kämpfer der Vereinten Nationen in Korea, die zum Teil MacArthur gegenüber etwas störrisch waren, sollten in Zukunft nun harmonischer mit Washington zusammenarbeiten können.

Viertens wird der politische Wirbelsturm in den Vereinigten Staaten viele Wochen fortdauern, und seine Nachwirkungen werden wahrscheinlich während des Wahlfeldzugs des Jahres 1952 noch spürbar sein. Andererseits scheint es wahrscheinlich, daß es der Regierung Truman gelingen wird, mit Hilfe einer Gruppe der Republikaner die Lage zu beherrschen. Ihr Korrespondent ist der Ansicht, daß im Laufe der Zeit die Stellung des Präsidenten in diesem Falle sich festigen und klären wird. Es besteht in der Tat Grund zur Annahme, Präsident Trumans feste und mutige Tat werde dazu beitragen, seine Beliebtheit beim amerikanischen Volk zu vergrößern, nachdem sie in der letzten Zeit ziemlich tief gesunken war.

Der *fünfte* und vielleicht wichtigste Punkt ist der, daß die Politik der Vereinigten Staaten weiterhin Westeuropa als das ausschlaggebende Gebiet im Kampfe gegen den Weltkommunismus betrachten wird. Es ist tatsächlich so, daß alle verantwortungsbewußten militärischen und zivilen Führer in Washington überzeugt sind, daß die Vereinigten Staaten fest zu den freien Völkern Europas halten müssen. Es wird auch in der Zukunft für die Regierung eine schwere Belastung bleiben, vom Kongreß die Zustimmung für alle jene Pläne zu erhalten, welche die Bereitschaft unseres Landes und jene der Verbündeten des Atlantikpaktes sicherstellen. Dagegen werden nun die Anstrengungen der Regierung nicht mehr durch einen Oberkommandierenden im Fernen Osten behindert, der mit allen Mitteln versucht, sie von ihrer Aufgabe abzulenken und sie womöglich in einen großen asiatischen Krieg zu verwickeln, der, wie viele Leute glauben, nur mit einer Katastrophe endigen könnte.

Richard J. Davis

Militärische Umschau

Die indischen Streitkräfte

In einem Zeitpunkt, in dem Indien eine bedeutsame Rolle auf dem Schachbrett der Weltpolitik einnimmt, ist es notwendig, sich auch über dessen militärische Belange Rechenschaft zu geben. Einem uns zur Verfügung gestellten Bericht des *indischen Verteidigungsministers Sardar Baldev Singh* entnehmen wir folgende Angaben:

Die Überlieferung der indischen Streitkräfte geht bis auf die Zeiten zurück, da indische Soldaten die Satrapen Babylons vom Indus zurückdrängten und indische Schiffe die Meere des Ostens bis nach Malaya und Java beherrschten. Diese kriegerische Tradition ist von den nachfolgenden Generationen auf weitauseinanderliegenden Schlachtfeldern bis in die Gegenwart aufrecht erhalten worden. Heute erlebt Indien eine Neugeburt der alten Überlieferung.

Die Armee

Innerhalb der Wehrmacht steht seit jeher die Armee an erster Stelle. Sie geht bis auf die Zeit der Gupta- und Mauryareiche zurück. Nachdem sich westliche Staaten in Indien festgesetzt hatten, stieß ihr Expansionsdrang auf den hartnäckigen Widerstand der indischen Fürsten, die in Carnatic und Bengalen nach dem Fall der Moghals lokale Königreiche errichtet hatten. Später wehrten sich die noch grimmigeren Marathas und Sikhs mit aller Kraft gegen die fremden Eroberer. Trotz

ihrer überragenden kämpferischen Eigenschaften unterlagen sie ihrer eigenen Schwäche, die darin lag, daß jeder Stamm für sich allein kämpfte und die Völker Indiens unfähig waren, sich zusammenzuschließen und mit vereinten Kräften dem Gegner zu widerstehen.

Zu Beginn bildeten die Briten kleine Einheiten zur Bewachung und zum Schutz der Fabriken der ostindischen Gesellschaft. Die indischen Fußsoldaten dagegen — die Sepoys — wurden zuerst von den Franzosen angeworben und ausgebildet, die im Jahre 1665 in Indien erschienen waren. Nachdem die Briten diese besiegt hatten, wurden die der ostindischen Gesellschaft unterstehenden Streitkräfte 1796 stark vermehrt und reorganisiert. Sodann neuerdings 1857, als die indischen Truppen bereits der britischen Krone unterstellt waren. Bis in jüngere Zeit waren alle Offiziere der indischen Armee Briten. Erst während des ersten Weltkriegs, auf Grund der Leistungen der indischen Truppen in Mesopotamien, Flandern und auf anderen Kriegsschauplätzen, faßte der Gedanke Fuß, in der indischen Armee auch Indern die Kommandogewalt zu übertragen. Der zweite Weltkrieg mit seinen gewaltigen Anforderungen an Mannschaften beschleunigte das Tempo dieser Umorganisation. Trotzdem waren bei der Übernahme der Macht im Jahre 1947, als die britischen Offiziere in der indischen Armee beinahe en bloc den Dienst quittierten, die indischen Offiziere, welche die Nachfolge antraten, alle verhältnismäßig jung und unerfahren in der Ausübung der Befehlsgewalt auf hohen und höchsten Posten und im Dienst der Stäbe. Sie zeigten sich aber ihrer Verantwortung gewachsen und erledigten ihre neuen Aufgaben mit sichtbarem Erfolg, als sie in den Wirren, die der Teilung des Landes folgten, und bei den Kämpfen in Kaschmir auf harte Probe gestellt wurden. Fast alle Offiziere der Armee sind nunmehr Inder, vom Oberkommandierenden bis zum jüngsten Subalternoffizier. Eine Ausnahme bilden die Offiziere, deren Aufgaben ganz spezielle Fachkenntnis und Erfahrung voraussetzen, aber auch diese bleiben nur noch während einer begrenzten Zeit in der Armee.

In bezug auf die Ausrüstung ist die Armee sicher noch nicht ganz auf der Höhe, aber ihr Ausbildungsstand und ihre Tüchtigkeit können den Vergleich mit irgendeiner Armee der Welt aufnehmen. Um ihre Erfahrung zu bereichern und hinsichtlich neuer Errungenschaften auf dem Laufenden zu bleiben, besuchen indische Offiziere Militäarakademien und Kriegsschulen in Großbritannien und den Vereinigten Staaten. Dort werden sie als Stabsoffiziere und als Spezialisten für die technischen Dienstzweige ausgebildet. Die Schule für Stabsoffiziere in Wellington leitet die Ausbildung der Offiziere aller drei Dienstzweige.

Neben den Verteidigungsaufgaben und der ständigen militärischen Bereitschaft hat die indische Armee — wie übrigens auch die Luftwaffe auf ihrem eigenen Gebiet — letztes Jahr große Leistungen vollbracht, indem sie den Zivilbehörden in Assam und Kaschmir, woselbst sich Naturkatastrophen von noch nie erlebtem Ausmaß ereignet hatten, tatkräftige Hilfe brachte. Jetzt, da sich das Land in einer Lebensmittelkrise befindet, haben die bewaffneten Streitkräfte eine Anbauschlacht ausgelöst und zu Spaten und Schaufel gegriffen, um der Nation mit dem für sie charakteristischen Eifer im Kampf um die Nahrungsmittel voranzugehen.

Als im Jahre 1947, infolge der Teilung des Landes, Millionen von Menschen ihre Heimstätten verlassen mußten, gaben Armee und Luftwaffe ihnen nicht nur den benötigten Schutz, sondern betreuten sie auch nach besten Kräften und halfen ihnen, bis sie Zufluchtsort und Sicherheit gefunden hatten.

Organisatorische Änderungen

Im ersten Jahr der Republik erfuhr die Armee weitreichende organisatorische Änderungen. Hier muß an erster Stelle die Einverleibung der Streitkräfte der einzelnen indischen Staaten in die indische Armee genannt werden. Diese setzten sich

aus den Truppen zusammen, welche die Fürsten der indischen Staaten ausgehoben und unterhalten hatten. Als diese Staaten integrale Teile der Republik wurden, übernahm die Regierung Indiens die volle finanzielle Verantwortung für diese Truppen und deren alleinige Kontrolle. Diese Streitkräfte der indischen Einzelstaaten werden jetzt reorganisiert. Nach der Durchführung dieses Prozesses werden sie in jeder Beziehung den übrigen Einheiten der Armee gleichgestellt sein.

Gleichzeitig mit den organisatorischen Änderungen in der Armee vollzieht sich der im Jahre 1948 vom indischen Parlament sanktionierte Aufbau der Reservestreitkräfte, die unter dem Namen *Territorialarmee* bekannt sind. Diese wird aus Infanterie und Artillerie gebildet und ist in städtische und Provinzeinheiten gegliedert, in die auch Luftabwehr und Küstenverteidigung, Panzerwaffe, Bautruppen einschließlich Eisenbahn- und Hafeneinheiten, Übermittlungs- und Verbindungstruppen, Material- und Magazineinheiten, Sanität, Nachschub-, Transport- und Postdienst eingeschlossen sind. Aus ländlichen Verhältnissen stammende Einheiten haben sich einer jährlich wiederkehrenden zwei- bis dreimonatigen Ausbildung zu unterziehen, während städtische Einheiten eine noch längere Ausbildung genießen, die sich allerdings auf die Freizeit der Leute beschränkt und bei deren Abschluß sie jährlich noch für kurze Zeit in einem militärischen Lager geschult werden. Indien ist in acht Zonen geteilt worden. Die Rekrutierung für die Einheiten erfolgt auf Grund dieser Zoneneinteilung. Die wichtigste Rolle der Territorialarmee besteht darin, hinter der regulären Armee eine zweite Linie zu bilden. Offiziere und Mannschaften der Territorialarmee bilden auch den Kern bei einer eventuellen Vergrößerung der regulären Armee im Notfall.

Um für die höheren Schüler und Studenten, die sich brennend für die Landesverteidigung interessieren, Ausbildungsgelegenheiten zu schaffen, sind in allen Staaten Einheiten des Nationalen Kadettencorps aufgestellt worden, wie die Ausbildungseinheiten der Republik genannt werden. Dieses Corps setzt sich aus Abteilungen jüngerer und älterer Schüler, respektive Studenten und einer Abteilung für Mädchen zusammen. Zwei Luftstaffeleinheiten wurden im April 1950 in Bombay und Calcutta dem National Cadet Corps hinzugefügt.

Die Flotte

Die Flotte Indiens ist immer noch klein; sie wurde jedoch im Januar 1950 durch drei von Großbritannien erworbene moderne Zerstörer verstärkt. Schon im September 1948 war in Bombay Indiens Flaggschiff INS DELHI, ein 7000 Tonnen Kreuzer der Leanderklasse, angekommen, den Indien ebenfalls vom Vereinigten Königreich erworben hatte. Nach dem Kauf dieser neuen Schiffe wurde das indische Flottengeschwader neu organisiert. Es besteht jetzt aus einer Zerstörer- und einer Fregattenflotille. Der Höchstkommmandierende des Geschwaders ist ein Konteradmiral. Die Schiffe der indischen Flotte haben bei mehreren Anlässen kombinierte Übungen mit Einheiten der Royal Navy ausgeführt, wobei Trincomalle, Singapur und andere Häfen als Stützpunkte dienten.

Die Offiziere und Matrosen der indischen Flotte werden jetzt in kurzfristeten Ausbildungslagern in Cochin, Vizagapatam, Jamnagar und Lonavla geschult. Die Ausbildung erfolgt unter der Oberleitung des Commodore-in-Charge von Cochin, der nun zu seinen gewöhnlichen Pflichten noch die Funktionen eines Inspektors der Ausbildungslager übernommen hat.

Die Schule für die Schiffsjungen befindet sich in Vizagapatam, jene für Maschinisten und Feuerwerker in Lonavla. In Cochin befinden sich die Flottenschulen, in denen folgende Disziplinen gelehrt werden: Verbindungswesen, Unterseebootbekämpfung und Verwendung von Torpedos, Nachschub, Verwaltung und Verpflegung.

Ausgegliche ne Verteidigungskräfte

Der Ausbau der indischen Flotte wurde an die Hand genommen, um einen Ausgleich der Verteidigungskräfte herbeizuführen. Die Seekadetten erhalten jetzt ihre allgemeine Ausbildung zusammen mit den Offiziersaspiranten der Armee und der Luftwaffe in der Nationalen Militärakademie in Dehra Dun. Diese Akademie vermittelt eine kombinierte Grundausbildung für zukünftige Offiziere aller drei Waffengattungen und ist somit wahrscheinlich das einzige Institut seiner Art, das gleichermaßen als Kinderstube für die Offizierskader der Armee, der Flotte und der Luftwaffe dient. Nach Absolvierung dieser Grundausbildung werden die Seekadetten nach Großbritannien zur Spezialausbildung als Marineoffiziere geschickt.

Auch auf dem Gebiet des Marineflugwesens ist bereits ein Anfang gemacht worden. Sorgfältig ausgesuchte Offiziere der indischen Flotte befinden sich bereits in Großbritannien, wo sie zu Flottenluftwaffepiloten ausgebildet werden. Außerdem erhalten gewisse andere Marineoffiziere an den Akademien der indischen Luftwaffe in Ambala und Jodhpur zusammen mit der Luftwaffe Ausbildung im Fliegen.

Die indische Flotte hat ihren eigenen Oberkommandierenden. Der jetzige hat in der Schlacht an der Mündung des La Plataflusses im Kampf mit dem deutschen Schlachtschiff «Graf Spee» als Kapitän des Flaggschiffs, das damals noch «H. M. S. Achilles» hieß, eine gewisse Berühmtheit erlangt. Es wird noch einige Zeit dauern, bis Indiens Flotte voll ausgebaut und ganz in indischen Händen sein wird, weil Indien im gegenwärtigen Augenblick noch nicht eine genügende Zahl von Marineoffizieren besitzt, die über die erforderliche Erfahrung verfügen. Bei der Flotte wird jedoch in gleicher Weise vorgegangen wie bei der Armee und der Luftwaffe: es bleiben nur jene Offiziere der britischen Flotte im Dienst oder werden zur indischen Flotte abkommandiert, deren Posten heute noch nicht von Indern eingenommen werden können.

Die Luftwaffe

Die indische Luftwaffe ist jetzt schon achtzehn Jahre alt. Sie verzeichnet bereits bemerkenswerte Leistungen, die zu großen Hoffnungen berechtigen. Die gesetzliche Grundlage bildet das von der indischen gesetzgebenden Behörde im Jahre 1932 verabschiedete Gesetz über die indische Luftwaffe. Die erste Fluggruppe wurde im April 1933 gebildet. Sie bestand aus drei Flugzeugen und sechs Piloten, die im Royal Air Force College in Cranwell ausgebildet worden waren. Aus diesen Anfängen hat sich eine Waffe entwickelt, die im Jahre 1946 acht Kampfgeschwader und zwei Transportgeschwader umfaßte, zu denen noch eine Luftabwehreinheit gehört.

Die indischen Piloten waren ursprünglich für die Zusammenarbeit mit der Armee ausgebildet worden. Ihre ersten praktischen Erfahrungen sammelten sie aber über dem für Flieger sehr schwierigen Gelände an der Nordwestgrenze. In Zusammenarbeit mit der R.A.F. versahen sie dort den Polizeidienst über dem Territorium der Grenzstämme. Im Sommer 1941 übernahmen die indischen Flieger diese Aufgabe allein.

Bei Ausbruch des Krieges im Jahre 1939 wurde die freiwillige Reserve der indischen Luftwaffe gebildet, wobei in Indien wohnende freiwillige Reserveoffiziere der R.A.F. mithalfen. Ihre Aufgabe bestand in der Bewachung der Küsten Indiens und dem Offenhalten der Seewege. Diese Reserve erfüllte ihre Aufgabe mit offensichtlichem Erfolg. Ende 1942 wurde sie der indischen Luftwaffe eingegliedert. Während des Feldzugs in Burma im Jahre 1942 sammelte die indische Luftwaffe ihre ersten Erfahrungen im Kampf gegen eine größere Macht. Von diesem Zeitpunkt an bis zur Beendigung des Feldzuges in Burma wurden die Geschwader der indischen Luftwaffe erstmals bei offensiven Operationen voll eingesetzt. Während

der Wirren in Kaschmir spielte die indische Luftwaffe eine Rolle, die nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, indem sie während der großen Krise dem Staat zu Hilfe eilte. Die Flüge nach Leh, in der gebirgsreichen Provinz Ladakh, über Strecken, die auf keiner Karte verzeichnet sind und in einer Höhe von ca. 7200 Metern, ohne übliche Hilfsmittel, und jene nach Gilgit, bei sehr ungünstigen Wetterverhältnissen, sind Beispiele kühnen Unternehmungsgeistes. Die Luftwaffe ist sehr rasch ausgebaut worden, und diesem Ausbau wird die allergrößte Wichtigkeit zugemessen. Das entspricht der lebenswichtigen Rolle, die die Luftwaffe bei der Verteidigung des Landes spielt.

Auf dem Gebiet der Ausbildung wurde im Laufe des ersten Jahres der Republik eine bemerkenswerte Leistung vollbracht. Anstelle des alten Systems ist nun ein neuer Ausbildungsplan getreten, nach welchem die Flugschüler vom ersten bis zum letzten Tag von den gleichen Instruktoren unterrichtet werden. Dadurch hat man die Ausbildungsdauer kürzen können und gleichzeitig bessere Ergebnisse erzielt.

Da eine moderne Flugwaffe ohne Radargeräte undenkbar ist, wurde eine Radarschule gegründet. Ferner wurden Maßnahmen getroffen, um die neuesten Radarbodengeräte für die Luftwaffe sicherzustellen. Technische Spezialisten werden in großer Zahl ausgebildet. Es werden auch Offiziere nach Großbritannien kommandiert, um zu Spezialisten im Verbindungsdienst ausgebildet zu werden.

In Jalahalli ist eine Schule für technische Ausbildung eröffnet worden. Dort werden die Kurse für Ingenieuroffiziere und Lehrlinge der Luftwaffe kombiniert. An dieser Schule wird der Lehrkörper der Instruktoren von britischen Fachleuten unterstützt. Der gegenwärtige Mangel an Navigatoren in der indischen Luftwaffe hat zur Gründung einer Luftnavigatorenschule in Jodhpur geführt. Eine Schule zur Ausbildung von Fluginstruktoren und eine solche für Fallschirmtruppen bilden weitere Glieder in der Kette der Ausbildungsinstitute.

Ein wichtiges Ereignis für die Flugwaffe bildete die Grundsteinlegung für die erste permanente Flugstation der I.A.F. in Agra. Dieser Flugplatz wird nach seiner Vollendung ein Areal von ca. 675 Hektaren umfassen. Neben einem modernen Flugfeld, das den Anforderungen schneller und schwerer Apparate entsprechen wird, werden Unterkunftsräume und Gebäude für technische Zwecke errichtet.

Auszeichnungen für Tapferkeit

Am Tage der Gründung der Republik schuf der neu eingesetzte Präsident drei Auszeichnungen für Tapferkeit. Sie heißen Param Vir Chakra, Maha Vir Chakra und Vir Chakra. Param Vir Chakra wird verliehen für hervorragende Tapferkeit oder für eine ungewöhnlich kühne Tat oder eine solche der Selbstaufopferung vor dem Feinde, sei es zu Wasser, zu Lande oder in der Luft. Es ist die allerhöchste Auszeichnung. An zweiter Stelle folgt Maha Vir Chakra und an dritter Vir Chakra. Eine weitere Auszeichnung, genannt Asoka Chakra, kann als Anerkennung für eine tapfere Tat verliehen werden, die nicht im Kampf mit dem Feind vollbracht wurde, zum Beispiel eine Tat, die für Gesetz und Ordnung entscheidend ist. Auch Zivilpersonen können diese Auszeichnung erhalten.

Höhere Kommandostellen und Leitung

Bei der Gründung der Republik wurde dem Präsidenten der indischen Union der Oberbefehl über alle Streitkräfte übertragen. Die Militärverwaltung liegt in den Händen des Verteidigungsministers und die Führung haben die Kommandanten der Hauptquartiere der bewaffneten Streitkräfte inne.

Seit dem Tage, an dem Indien seine Unabhängigkeit erlangte, sind bedeutsame Änderungen in der Organisation und den Funktionen des Verteidigungsministeriums vorgenommen worden. Tatsächlich gehen diese Änderungen schon auf die Zeit vor der Unabhängigkeitserklärung zurück. Vor dem September 1946, als die Interimsregierung die Macht übernahm, war der Oberkommandierende nicht nur Chef der drei Wehrmachtsteile, sondern auch Verteidigungsminister und nahm so eine besonders privilegierte Stellung ein, die dem Rang nach unmittelbar auf jene des Generalgouverneurs folgte. Nach der Ernennung eines Volksvertreters zum Verteidigungsminister blieb aber der Oberkommandierende Chef der drei Wehrmachtsteile. Nachdem 15. August 1947 wurde eine weitere grundlegende Änderung vollzogen. Von diesem Datum an wurde jeder einzelne Wehrmachtteil einem besonderen Oberkommandierenden unterstellt. Sie werden folgendermaßen bezeichnet: Chef des Armeestabes und Oberkommandierender der Armee, Chef des Flottenstabes und Oberkommandierender der indischen Flotte; Chef des Stabes der Luftwaffe und Oberkommandierender der indischen Luftwaffe. Sie sind also die Höchstkommmandierenden der ihnen unterstellten Truppen und zugleich Stabschefs der entsprechenden Wehrmachtsteile. Sie tragen als solche die Verantwortung für die Durchführung der Verteidigungspolitik der Regierung und dafür, in allen militärischen Belangen Sinn und Richtung dieser Politik zum Ausdruck kommen zu lassen. Das Verteidigungsministerium sorgt dafür, daß richtungweisende Regierungsbeschlüsse gefaßt werden und trägt die Verantwortung für deren Weiterleitung an die drei Hauptquartiere der Wehrmachtsteile und für ihre Durchführung. Ebenso trägt es die Verantwortung für gewisse Geschäfte, die alle drei Teile gemeinsam angehen, wie zum Beispiel das Sanitätswesen oder die Fabrikation von Kriegsmaterial. Es ist auch zuständig für den Verkehr mit den Zivilbehörden im Zusammenhang mit Waffenplätzen, Unterkunftsgelegenheiten, Unterstützungsfonds etc.

W a f f e n p r o d u k t i o n

Ein Bericht über Indiens Streitkräfte wäre unvollständig ohne eine Darstellung der Verhältnisse bei der Waffenproduktion. Selbstverständlich wird angestrebt, sämtliche Waffen im Lande selbst herzustellen. Man hat sich letztes Jahr streng an das Programm zur Erreichung dieses Zieles gehalten. Es sind auch Versuche unternommen worden, neue Ausrüstungsgegenstände für die drei Wehrmachtsteile zu produzieren. In diesem Zusammenhang bildete die Erstellung einer Musterwerkzeugmaschinenfabrik den größten Einzelplan. Sie liefert Werkzeugmaschinen an alle übrigen Fabriken, die für die bewaffneten Streitkräfte arbeiten.

Während die Produktion sich programmgemäß abwickelt, werden auch die wissenschaftlichen Probleme bearbeitet. Die Regierung hat entsprechende Organisationen geschaffen, welche die Erfordernisse der Landesverteidigung im Zusammenhang mit diesen Problemen berücksichtigen. Diese Organisationen streben eine Synthese wissenschaftlichen und militärischen Denkens an und arbeiten Pläne aus für die Forschung auf dem Gebiet der Verteidigung. Dabei stehen sie in engster Fühlung mit anderen Organisationen, die sich der wissenschaftlichen oder der industriellen Forschung widmen.

Miles